

## RT DE: News, Analyse und Meinung

### Artikel der Woche, 26.08.–31.08.

#### Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse .....	10
Meinung .....	25

#### News

##### **Moskau: Westliche Länder sind bei den BRICS-Staaten nicht willkommen**

<https://freedert.online/international/178977-moskau-westliche-laender-sind-bei-den-brics-staaten-nicht-willkommen/>

26.08.2023

**Nur Länder, die keine Sanktionen gegen die Mitglieder der Gruppe verhängen, können aufgenommen werden, erklärte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow. Westliche Länder, die eine entsprechende Politik verfolgen, haben demnach keine Chance, den BRICS beizutreten.**

Westliche Länder haben keine Chance, den BRICS beizutreten, solange sie eine feindselige Politik gegen eines ihrer Mitglieder verfolgen, sagte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow am Freitag.

Auf einer Pressekonferenz im Anschluss an den BRICS-Gipfel im südafrikanischen Johannesburg erinnerte Rjabkow daran, dass eine der wichtigsten Bedingungen für die Aufnahme in die Gruppe darin besteht, "keine illegalen Sanktionen gegen eines der Mitglieder der Vereinigung zu verhängen".

Er wies darauf hin, dass alle sechs Länder, die auf dem Treffen eingeladen wurden, den BRICS beizutreten – Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate –, diese Bedingung vollständig erfüllen.

In der Zwischenzeit verfolgen die westlichen Staaten "genau den gegenteiligen Kurs, sodass es nicht in Frage kommt, irgendjemanden aus dieser Gruppe nicht nur zum Beitritt zu den BRICS, sondern sogar zur Teilnahme an ihren Veranstaltungen einzuladen", betonte Rjabkow und versprach, bei dieser Linie zu bleiben.

Allerdings würde er die Tür zur BRICS-Mitgliedschaft für westliche Staaten nicht völlig schließen. Sollte ein Land, das das Sanktionsregime unterstützt habe, "trotz der harten Disziplin im westlichen Lager aus der Reihe tanzen" und diese Politik aufgeben, könne sein Beitrittsantrag bearbeitet werden, so der stellvertretende Minister.

Die westlichen Länder haben wegen des Ukraine-Konflikts harte Wirtschaftssanktionen gegen das BRICS-Mitglied Russland verhängt. Moskau hat diese Strafmaßnahmen wiederholt verurteilt und sie als "illegal" bezeichnet. Darüber hinaus hatte die EU im Jahr 2021 Restriktionen gegen China – ein weiteres BRICS-Mitglied – verhängt und mehrere Beamte wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen sanktioniert, die Peking stets bestritten hat.

Unterdessen warnte Rjabkow auch davor, dass die USA Druck auf andere Länder ausübten, um Veränderungen in der globalen Landschaft nach dem BRICS-Treffen und der beispiellosen Expansion der Gruppe zu verhindern. "Der Prozess der Schwächung der Rolle des kollektiven Westens im Weltgeschehen ist jedoch unumkehrbar", betonte Rjabkow. Er fügte hinzu, er sei sicher, dass Russlands Partner klug genug seien, zu erkennen, was der Westen wirklich zu tun versuche, und sich seinem Druck zu widersetzen.

\* \* \*

## **Ukrainischer Ex-Generalstaatsanwalt wirft Joe und Hunter Biden Bestechlichkeit vor**

<https://freedert.online/nordamerika/179006-ukrainischer-ex-generalstaatsanwalt-wirft-joe-und-hunter-biden-bestechlichkeit-vor/>

27.08.2023

**Vor der US-Präsidentenwahl im November 2024 verhärten sich die Fronten zwischen den Demokraten und den Republikanern. US-Präsident Joe Biden und sein Sohn Hunter geraten nun abermals in die Schlagzeilen – wegen eines mutmaßlichen Korruptionsfalls in der Ukraine.**

Der frühere ukrainische Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin hat im Gespräch mit dem US-Fernsehsender *Fox News* erneut schwere Vorwürfe gegen US-Präsident Joe Biden und seinen Sohn Hunter erhoben. Der ehemalige Ordnungshüter erklärte in seinem exklusiven Interview für Moderator Brian Kilmeade, dass die Bidens in Korruptionsfälle in dem osteuropäischen Land verwickelt gewesen seien. Schokin beschuldigte außerdem den amtierenden US-Präsidenten, noch im Amt des Vize-Präsidenten unter Barack Obama Schmiergeld gezahlt zu haben, um ihn aus dem Amt des ukrainischen Generalstaatsanwalts entfernen zu lassen.

Mit Blick auf das ukrainische Gasunternehmen Burisma, in dessen Vorstand auch Hunter Biden gesessen hatte, und auf den früheren ukrainischen Präsidenten Pjotr Poroschenko führte Schokin aus:

*"Ich sagte bereits in meinen vorherigen Interviews, dass Poroschenko mich auf Drängen des damaligen Vizepräsidenten Biden entlassen hatte, weil ich gegen Burisma ermittelte."*

Nach Darstellung des ukrainischen Ex-Generalstaatsanwalts seien sich Biden und Poroschenko darüber im Klaren gewesen, dass Schokin die Korruptionsfälle, in welche sie, Hunter und andere Personen verwickelt gewesen seien, aufgedeckt hätte, wenn er seine Untersuchung fortgesetzt hätte. Schokin zeigte sich sicher, dass Joe und Hunter im Zusammenhang mit dem Fall Burisma Bestechungsgelder erhalten hätten. Er legte dafür aber keine Beweise vor.

*"Sie wurden bestochen. Ist allein die Tatsache, dass Joe Biden im Austausch gegen meine Entlassung eine Milliarde US-Dollar gegeben hat, etwa kein Korruptionsfall?"*

Der Sprecher des Weißen Hauses, Ian Sams, erklärte auf eine Anfrage des TV-Senders, dass es sich bei diesen Vorwürfen um falsche Informationen handeln würde, die inzwischen widerlegt seien. Wie viel Sendezeit *Fox News* diesem Thema auch widmen möchte, diese Informationen würden falsch bleiben. Sams warf dem TV-Sender vor, einem ehemaligen ukrainischen Generalstaatsanwalt eine Bühne zu bieten, dessen Behörde selbst als Korruptionsherd gegolten habe.

Schokin hatte das Amt des ukrainischen Generalstaatsanwalts von Februar 2015 bis April 2016 bekleidet. Seine Entlassung bezeichnete er als rechtswidrig und sagte, dass sie unter Druck aus dem Ausland beschlossen worden sei.

Anfang 2018 prahlte Joe Biden in einer Rede vor dem Rat für Auswärtige Beziehungen, dass er unter Präsident Barack Obama die Regierung in Kiew erfolgreich unter Druck gesetzt habe, um den Generalstaatsanwalt suspendieren zu lassen. Er habe den ukrainischen Beamten gesagt, dass Washington dem osteuropäischen Land eine Milliarde US-Dollar an Hilfsgeldern vorenthalten werde, wenn Schokin im Amt bleibe.

Erst im Juni 2023 hatte der republikanische Vorsitzende des Ausschusses für Aufsicht und Rechenschaftspflicht des Repräsentantenhauses, James Comer, erklärt, dass die US-Bundeskriminalpolizei FBI gegen Joe und Hunter Biden wegen Korruption ermitteln würde. Die Untersuchung gehe auf die Zeit zurück, als Joe Biden US-Vizepräsident gewesen sei und hänge mit dem Fall Burisma zusammen.

\* \* \*

## **Andrej Hunko auf Friedenskundgebung: Es gibt eine größere Welt jenseits der NATO**

<https://freedert.online/inland/179115-andrej-hunko-auf-friedenskundgebung-es/>

28.08.2023

**Auf der Demonstration des Friedensbündnisses NRW erklärte der linke Abgeordnete Andrej Hunko, es gebe noch eine Welt jenseits von NATO und EU. Im Sinne einer gerechteren Welt wollten die BRICS-Staaten die Vorherrschaft der USA über alle internationalen Strukturen überwinden. Dieser Prozess müsse endlich auch in Deutschland zur Kenntnis genommen werden.**

*Von Felicitas Rabe*

Am Samstag veranstaltete das Friedensbündnis NRW anlässlich des kommenden Antikriegstags am 1. September eine weitere Friedensdemonstration in Düsseldorf.

In seinem Aufruf forderte das Bündnis die Bundesregierung auf, alle Waffenlieferungen in die Ukraine sofort zu stoppen und den Wirtschaftskrieg gegen Russland zu beenden. Die Friedensaktivisten erinnerten an die Worte des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers und

Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt:

*"Vom deutschen Boden soll nie wieder Krieg ausgehen."*

Gerade als Deutsche habe man eine besondere Verantwortung, Konflikte friedlich beizulegen. Der ehemalige DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter habe noch zum Antikriegstag 1981 gefordert: "Wir als Deutsche müssen dazu beitragen, dass Konflikte durch Verhandlungen und friedlichen Ausgleich geschlichtet werden." Durch die Waffen- und Panzerlieferungen sei Deutschland längst Kriegspartei geworden. Dabei lehne die Mehrheit der Bevölkerung diese deutsche Kriegsbeteiligung ab. Aus diesem Grund müsse man den Widerstand gegen diese Kriegspolitik auf die Straße tragen.

Im NRW-Friedensbündnis kooperieren rund 20 Friedensinitiativen aus ganz Nordrhein-Westfalen. Circa 250 Vertreter dieser Friedensgruppen nahmen am Samstag an der Düsseldorfer Demonstration teil. Auf der Auftaktkundgebung sprach sich auch der Aachener Bundestagsabgeordnete der Linken, Andrej Hunko, gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aus – insbesondere gegen die geplante Lieferung von Taurusraketen. Die Raketenlieferungen würden nur zu einer weiteren Eskalation führen.

Erst vor wenigen Wochen habe Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) dem ukrainischen Militär aus dem Haushalt der Bundesrepublik eine jährliche Unterstützung von 5 Milliarden Euro bis zum Jahr 2027 versprochen. Das sei unerträglich. Nicht Christian Lindner, sondern das Parlament habe darüber zu entscheiden, wofür das deutsche Steuergeld verwendet werde.

Schließlich bezog sich Hunko am Ende seiner Rede auf den gerade beendeten Gipfel der BRICS-Staaten in Südafrika. Beim BRICS-Treffen in Südafrika konnten in Deutschland erstmals viele Menschen wahrnehmen, "dass es noch eine Welt jenseits von NATO und EU gibt – und jenseits der 40 Staaten, die sich an dem Krieg in der Ukraine beteiligen", so Hunko. Deren Welt sei viel größer als die westliche Blase. Die BRICS-Länder hätten sich zum Ziel gesetzt, "die Vorherrschaft der USA über alle internationalen Strukturen zu überwinden".

Dieser Prozess werde von der deutschen Bundesregierung und von der deutschen Öffentlichkeit weitgehend ignoriert. Dabei verändere die Entwicklung gerade die Weltarchitektur – "im Sinne einer friedlicheren Welt, einer gerechteren Welt", hieß es seitens der BRICS. Dazu müsse die Bundesregierung ein konstruktives Verhältnis entwickeln.

Bei der Abschlusskundgebung sprach Dr. Ansgar Klein von der Initiative "Aachener für eine menschliche Zukunft". Er warnte vor den katastrophalen Folgen bei der Verwendung von Streumunition, welche dem ukrainischen Militär von den USA und Großbritannien kürzlich bewilligt worden sei. Etwa 40 Prozent der Streumunition würde nicht sofort explodieren. Opfer seien dann später zum größten Teil Zivilisten.

Der Friedensaktivist erklärte: "Wenn wir die NATO nicht hätten, hätten wir diesen Krieg nicht! Der erste Schritt muss sein: Raus aus der NATO!"

\* \* \*

## Selenskijs Präsidialamt: Vernichtung alles Russischen ist im Westen Konsens

<https://freedert.online/international/179169-moskau-kiews-praesidialamt-gestet-angriffe/>

29.08.2023

**Westliche Partner unterstützen Kiew in dessen Bestreben, alles Russische zu vernichten. Diese Aussage kommt nicht von westlichen Regierungen, sondern von Michail Podoljak, einem Berater im ukrainischen Präsidialamt. Die Äußerung lässt tief blicken, befindet man in Russland.**

Michail Podoljak, Berater von Andrei Jermak, dem Leiter des ukrainischen Präsidialamtes, gab live beim ukrainischen TV-Sender *Rada* Folgendes zum Besten:

*"Heute besteht bereits absoluter Konsens bezüglich dessen, dass wir alles Russische vernichten dürfen – etwa auf der Krim. Zur Erinnerung: Vor einem Jahr noch, als irgendwelche Angriffe selbst nur gegen die Krim ausgeführt wurden, sagten alle, 'Nein, nein, bitte nicht so etwas'. Heute umfasst der Konsens, dass wir alles Russische vernichten dürfen, alle Länder, die uns unterstützen."*

Er fügte an, dass die Zahl an "unbemannten Fluggeräten unbekannter Natur", die russisches Staatsgebiet angreifen, sich künftig nur erhöhen werde.

Unterdessen macht die russische Staatsduma deutlich, wie dies verstanden wird. Der Abgeordnete für die Krim Generalmajor im Ruhestand Leonid Iwlew nennt derartige Verlautbarungen faschistisch:

*"Das bedeutet die Vernichtung aller Einwohner der Krim, russischer Staatsbürger – der Russen, Ukrainer, Krimtataren, Weißrussen, Deutschen, Juden, Armenier, Griechen und anderer. Nur dafür, dass sie russische Staatsbürger sind."*

Michail Scheremet, ein weiterer Duma-Abgeordneter für die Krim, wertet Podoljaks Worte aus einem anderen Blickwinkel:

*"Das ist ein offenes Geständnis, dass der Westen gegen Russland Krieg führt. Gerade der Westen ist der wichtigste Profiteur des blutigen Konflikts in der Ukraine."*

Iwlew deutet an, dass Russland derartige Selbstsicherheit und Übereifer Kiews mit einer Ausweitung des gegen ukrainische Ziele eingesetzten Arsenal quitierten könnte. Er spricht von Munition mit erhöhter Tötungswirkung und erwähnt in diesem Zusammenhang Freifallbomben mit Aerosolladung. Thermobare Munition, die nach einem hiervon nur wenig abgewandelten Prinzip funktioniert, setzt Russland bereits im Ukraine-Konflikt ein. Allerdings kamen als Träger solcher Waffen bislang nur Raketensysteme mit sehr kleiner Reichweite zum Einsatz. So zum Beispiel schultergestützte Raketenwerfer der RPO-Reihe sowie gepanzerte Mehrfachraketenwerfer der TOS-Reihe, bekannt als Buratino, beide nach russischer Militärnomenklatur als "Flammenwerfersysteme" geführt.

Noch schwerere Waffen, die nach diesen Wirkungsprinzipien arbeiten wie etwa Freifallbomben großer Kaliber verbleiben bislang unangetastet in den russischen Munitionslagern.

Scheremet seinerseits fragt sich, ob Russland nach derartigen Aussagen Kiews nicht auch seine größten ballistischen Raketen unter Kampfbedingungen erproben sollte. Zumal diese aufgrund des

Gewichts der von ihnen beförderten Sprengköpfe auch in nichtnuklearer Ausführung jedes Ziel "in Grund und Boden zerstören" können. Scheremet wörtlich:

*"Ich will die westlichen Länder warnen, dass sie zusammen mit der Ukraine und in gleichem Maß zur Verantwortung für die Angriffe gegen die Krim gezogen werden."*

Dmitri Medwedew, Stellvertreter Wladimir Putins als Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates, wertet die Sachdarlegung durch Podoljak wie folgt:

*"Ein klarer Casus Belli und die Möglichkeit für Russland, im Rahmen des Jus ad Bellum gegen alle und jeden in den NATO-Ländern vorzugehen."*

\* \* \*

## **Orbán: Bei Angriff auf Gas-Pipeline würde Ungarn "in den Krieg ziehen"**

<https://freedert.online/europa/179293-orban-ungarn-wuerde-in-krieg/>

30.08.2023

**Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat bekräftigt, dass sein Land nicht passiv bleiben würde, wenn die eigenen lebenswichtigen Interessen bedroht seien. Der Seitenhieb auf Deutschland ist offensichtlich. War da was? Mit Pipelines in der Ostsee?**

Im Gegensatz zu Deutschland würde Ungarn nicht schweigen, wenn seine Energieversorgungswege sabotiert würden, sagte Ministerpräsident Viktor Orbán in einem Interview mit Tucker Carlson, das am Mittwoch auf X (früher Twitter) veröffentlicht wurde.

In Bezug auf die Zerstörung der russisch-deutschen Nord-Stream-Pipelines erinnerte Orbán daran, dass Budapest den Vorfall im vergangenen September sofort als Terroranschlag bezeichnet hatte. Deutschland und Westeuropa scheuen jedoch weiterhin vor dieser Bezeichnung zurück. Laut Orbán:

*"Es gibt eine weitere Pipeline, die Gas aus Russland durch den südlichen Korridor in die Türkei, nach Bulgarien, Serbien und Ungarn bringt. Gemeinsam mit dem serbischen Präsidenten [Alexander Vučić] haben wir sehr deutlich gemacht, dass wir es als Kriegsgrund betrachten, wenn jemand mit dem südlichen Korridor dasselbe tun möchte, was mit dem nördlichen Korridor geschehen ist. Wahrscheinlich kann man das mit den Deutschen machen, aber nicht mit dieser Region."*

Carlson betonte, es sei "sehr offensichtlich", dass die Regierung von US-Präsident Joe Biden die Nord Stream-Pipelines entweder direkt oder über einen Bevollmächtigten zerstört habe – eine Behauptung, die das Weiße Haus stets bestritten hat. Orbán deutete an, dass er mit Carlsons Einschätzung übereinstimmt.

Auf die Frage des ehemaligen *Fox-News*-Moderators, ob Orbán seine Warnung bezüglich der TurkStream-Pipeline mit Russland besprochen habe, sagte der Premierminister, die Botschaft sei nicht an Moskau gerichtet gewesen.

Der Enthüllungsjournalist Seymour Hersh behauptete im Februar, dass die USA hinter dem Nord-Stream-Anschlag steckten und dass Norwegen bei der Operation geholfen habe. Er vermutete außerdem, dass Washington in der Ukraine-Krise eine Gelegenheit sah, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu kappen, und dass die Zerstörung der Energieverbindungen dafür sorgte, dass Berlin willfähriger wurde. Wie Washington hat auch Oslo

die Anschuldigungen zurückgewiesen.

Unter Berufung auf Informationen aus Regierungskreisen haben westliche Medien inzwischen Berichte veröffentlicht, wonach eine "pro-ukrainische Gruppe" hinter den Sabotageakten steckt. Führende deutsche Medien haben letzte Woche ähnliche Behauptungen aufgestellt und erklärt, dass die Beweise in diesem Fall stark auf eine Beteiligung Kiews hinweisen.

Russische Beamte haben behauptet, die USA seien der größte Nutznießer der Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines. US-amerikanische Hersteller von Flüssigerdgas haben den westeuropäischen Markt übernommen, der zuvor durch große Mengen des billigeren russischen Pipeline-Kraftstoffs versorgt wurde.

\* \* \*

## **Dramatische Szenen in Dnjepropetrowsk: Polizei tötet Familienvater vor den Augen seiner Kinder**

<https://freedert.online/europa/179360-polizei-toetet-familienvater-vor-den-augen-seiner-kinder/>

31.08.2023

**Am Mittwoch wurde im ukrainischen Dnjepropetrowsk ein Mann vor Augen seiner Familie von einem Polizisten erschossen. Die Szene verwandelte sich innerhalb weniger Minuten von einem Verkehrsdelikt in eine Gewalttat. Nun drohen der Lebensgefährtin des Mannes 15 Jahre Haft.**

Ein dramatisches Video macht derzeit im ukrainisch-russischen Internet die Runde. Die Szene spielt sich zunächst im Innenraum eines Autos ab, die zweite Hälfte im Freien vor dem Wagen. Zunächst ist es nur ein Streit zwischen einer Polizeibeamtin, ihrem männlichen Kollegen und einem Paar, das sich weigert, den Anweisungen beider Ordnungshüter zu folgen. Die Auseinandersetzung wird aber schnell zum Kräftemessen. Am Ende verdichten sich die Ereignisse. Zu hören ist ein kurzer, lauter Frauenschrei, drei Schüsse und besorgte Frage des Filmenden: "Papa?!" Das Letzte, was die Zuschauer sehen, ist der leblose Körper eines Mannes auf dem Asphalt.

Ukrainische Medien schreiben ausführlich über das Ereignis, der ein wenig an zahlreiche ähnliche Vorfälle in den USA erinnert. Doch die Ähnlichkeit beschränkt sich eher auf die Kleidung der ukrainischen Beamten, die mit ihrer schwarzen Uniform bewusst die "Cops" aus Übersee imitieren. In den USA ist ein Polizist eine Respektsperson, seinen Anweisungen wird in der Regel Folge geleistet. In der Ukraine ist es aber üblich, mit der Polizei einen Streit auszufechten. Dem Besitzer des schwarzen Jaguar-Limousine in Dnjepropetrowsk wurde diese Gewohnheit zum Verhängnis.

Laut Angaben der Verkehrspolizei des zentralukrainischen Dnjepropetrowsk (in der Ukraine seit 2016 Dnjepr) ist der Wagen von der rechten Spur nach links abgebogen und hat damit Verkehrsregeln verletzt. Der Polizeiwagen befand sich zufällig daneben. Auf einem Überwachungsvideo ist zu sehen, dass das Polizeiauto sich in diesem Moment hinten links einreichte, in dieselbe Richtung abbog, die Sirene anschaltete und die Verfolgung aufnahm. Dem Video zufolge saß in diesem Moment der Mann am Steuer des Jaguar.

Der Wagen wird erst eine Stunde später an einer benachbarten Straße angehalten. Dabei finden die Polizisten die Lebenspartnerin des Mannes am Steuer des Wagens vor, er sitzt daneben. Auf den hinteren Sitzen saßen die beiden Söhne des Mannes. War der Wagen die ganze Zeit auf der Flucht? Diese Frage muss in der Ermittlung noch geklärt werden.

Wie die Szene sich zunächst entwickelte, geht aus weiteren Polizeivideos hervor. Diese wurden von

den Brust-Kameras beider Streifenbeamten aufgezeichnet. Zu Beginn erklären sie der Frau, dass das Auto wegen eines Verkehrsdelikts angehalten wurde, und bitten sie, die Dokumente vorzuzeigen. Die Frau fragt nach Videobeweisen für das Delikt. Der Mann steigt aus dem Wagen aus und mischt sich in das Gespräch ein. Er ist aggressiv und attackiert die Polizistin mit obszönen Sprüchen. Er sei freiwilliger Helfer, sagt er.

Die Streifenpolizistin antwortet, dass sie nicht mit ihm, sondern mit der Frau rede, die zum Zeitpunkt der Kontrolle am Steuer saß. Der Mann antwortet: "Was willst du von mir? Sex? Ich werde dir keinen geben, ich habe eine Frau, f... dich, und zwei Kinder, f... dich."

Die Streifenpolizisten betrachten sein Verhalten als Behinderung und fordern den Mann auf, "20 Meter wegzugehen". Daraufhin sagt er: "Ich rufe jetzt einen Anwalt an, ihr werdet gef...". Dann spricht er mit jemandem und bekommt offensichtlich den Rat, den Polizisten nicht zu gehorchen und den Ort zu verlassen.

Als die Frau losfahren will, wendet die Polizistin zum ersten Mal Gewalt an. Sie zerrt die Fahrerin aus dem Wagen. An dieser Stelle beginnt das Video des Jungen. Die Fahrerin stellt sicher, dass er die Szene filmt, und beginnt, laut zu schreien. Sie sei schwanger, und man tue ihr weh. Schließlich überwältigen die Polizisten die Frau.

In diesem Moment steigt der Mann aus dem Auto und versucht, seine Lebenspartnerin zu befreien. Der Polizist setzt Pfefferspray ein. Für einen kurzen Moment scheint es, dass es den Polizisten gelingt, den Mann festzunehmen. Der Junge, der filmt, steigt aus dem Wagen aus und treibt den Vater wie bei einem Wettkampf an. Mit einem Ringergriff wirft er den Polizisten zu Boden, eilt zu der Polizistin, die in diesem Moment von seiner Frau überwältigt wird, und schlägt sie ins Gesicht. Der Polizist steht auf, streckt die Pistole aus, rennt dem Mann hinterher und schießt aus nächster Nähe dreimal auf ihn.

Zwischen dem kurzen Schrei der Polizistin und dem Schuss vergehen nur Bruchteile von Sekunden. Weitere Augenzeugenvideos zeigen, wie Rettungskräfte versuchen, den Mann wiederzubeleben – erfolglos. Laut der Ex-Ehefrau des Opfers befand er sich mit ihren gemeinsamen Kindern und seiner neuen Lebensgefährtin auf dem Weg zum Meer, wo sie einen Kurzurlaub planten.

Auch für einen Laien ist offensichtlich: Der Vorfall war eine tragische Verkettung von Provokationen, Kurzschlüssen und Fehlverhalten. In den ukrainischen Medien wurde zunächst darauf hingewiesen, dass der Polizist nach geltendem Recht vor Anwendung der Waffe dem Mann hätte deutlich machen müssen, dass er bereit sei, zu schießen. Auch hätte er nicht in den Bauch schießen dürfen, sondern auf die Beine. Am Donnerstagnachmittag hieß es noch, dem Polizisten drohten bis zu 15 Jahre Haft wegen übermäßiger Gewaltanwendung.

Dann tauchten Informationen über den hohen Alkoholpegel im Blut und Urin des Mannes auf. Nach Angaben einer Polizeiquelle betrug das Alkoholgehalt im Blut des Verstorbenen 2,48 ppm und in seinem Urin 2,78 ppm. Dies zeigt, dass der Mann etwa eine Flasche Wodka getrunken hatte. Er war Unternehmer, betrieb Handel und ein Bestattungsunternehmen. In zwei Tagen wäre er 39 Jahre alt geworden. Nun wird seine Lebensgefährtin des versuchten Mordes an einem Vollzugsbeamten verdächtigt. Der Frau drohen bis zu 15 Jahre Gefängnis oder lebenslange Haft.

Wie die ukrainische Justiz am Ende entscheiden wird, ist noch offen. Auch die öffentliche Meinung ist gespalten. Doch die Reaktionen ukrainischer Amtsträger und Regierungsvertreter deuten darauf hin, dass die Justiz im Vorfall die Chance sieht, ein Exempel zu statuieren. Der Bürgermeister von Dnjepropetrowsk Boris Filatow sagte etwa, dann niemand jemals das Recht habe, eine Person in Uniform, die ihren offiziellen Pflichten nachkommt, zu verachten, zu begrapschen oder an den

Händen zu ziehen.

Ähnlich äußerte sich der ukrainische Innenminister Igor Klimentenko. Auf seinem Telegram-Kanal schrieb er, dass "es Situationen gibt, die nur mit kühlem Kopf analysiert werden können" und "die Emotionen zur Ruhe kommen müssen". Die Dinge seien offensichtlich: Wenn die Bürger in einem Rechtsstaat leben wollen, müssten sie sich selbst an das Gesetz halten, "sich gemäß den geltenden Normen verhalten und eindeutig – keine Polizisten schlagen". Außerdem, so der Minister, sollten sie ihren Kindern die Gesetzestreue beibringen. Er betonte:

"Diese Situation ist ein ernster Präzedenzfall. Wir leben in Kriegszeiten. (...) Wenn einzelne Bürger in Anarchie leben, sich selbst als über dem Gesetz stehend betrachten und die Polizei nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben zu erfüllen, sieht die ukrainische Gesellschaft sehr dunklen Zeiten entgegen."

\* \* \*

## Analyse

### Was mit der Wagner-Gruppe ohne Prigoschin passiert

<https://freedert.online/russland/178915-was-mit-wagner-gruppe-ohne/>

26.08.2023

**Wladimir Putin kündigt eine Ermittlung des Absturzes von Prigoschins Flugzeug an und hebt den Beitrag von Wagner im Kampf gegen Neonazismus hervor. Experten sind der Ansicht, dass sich die Zukunft der Wagner-Gruppe in den kommenden Monaten entscheiden könnte. Welche Optionen gibt es?**

*Von Andrei Restschikow*

Russlands Präsident Wladimir Putin hat bei einem Treffen mit dem Oberhaupt der Donezker Volksrepublik am Donnerstag sein Beileid an die Angehörigen jener ausgesprochen, die beim Absturz des Flugzeugs ums Leben kamen, zu dessen Passagieren der Leiter des privaten Militärunternehmens "Wagner", Jewgeni Prigoschin, gehörte. "Was das Flugzeugunglück angeht, möchte ich zuallererst mein aufrichtiges Beileid an die Familien der Toten aussprechen. Das ist immer eine Tragödie", sagte Putin.

Dem Präsidenten zufolge werde der Beitrag der Mitglieder der Wagner-Gruppe zur Bekämpfung des Neonazismus in der Ukraine nicht vergessen. "Ich möchte anmerken, dass es Menschen sind, die einen bedeutenden Beitrag zu unserer gemeinsamen Sache der Bekämpfung des neonazistischen Regimes in der Ukraine leisteten. Wir erinnern uns daran, wissen es und werden es nicht vergessen", betonte Putin.

Russlands Ermittlungskomitee hat eine vorläufige Untersuchung der Katastrophe eingeleitet, die Ermittlung wird in vollem Umfang und bis zum Ende geführt werden, versicherte der Präsident. Putin merkte an, dass er Prigoschin seit den 1990er Jahren kannte. "Er war ein Mensch mit einem schwierigen Schicksal. Er beging ernsthafte Fehler im Leben, erreichte aber auch die nötigen Ergebnisse – sowohl für sich selbst als auch dann, wenn ich ihn darum bat, für eine gemeinsame Sache, wie in diesen letzten Monaten", sagte der Präsident.

Putin zufolge kam Prigoschin erst am Mittwoch aus Afrika zurück, wo er gewisse offizielle Persönlichkeiten traf. "Er arbeitete – und dies produktiv – nicht nur in unserem Land, sondern auch im Ausland, insbesondere in Afrika. Dort beschäftigte er sich mit Öl, Gas, Edelmetallen und Edelsteinen", fügte Putin hinzu.

Seinerseits erklärte Puschilin, dass Prigoschins Tod ein schmerzhaftes Thema für die DVR sei, wo Kämpfer der Wagner-Gruppe um die Befreiung von Soledar und Artjomowsk (ukrainisch: Bachmut) kämpften. "Wir nahmen diese Nachricht mit Sorge und großem Mitgefühl an. Doch wir verstehen, dass der Gegner vor nichts zurückschreckt", sagte Puschilin.

Wie Russlands zivile Luftfahrtbehörde Rosawiazija zuvor gemeldet hatte, war Prigoschin auf der Liste von sieben Passagieren des Privatflugzeugs Embraer verzeichnet, das nahe der Ortschaft Kuschenkino im Gebiet Twer, etwa 300 Kilometer von Moskau entfernt, abstürzte. Das Flugzeug war von Moskau nach Sankt Petersburg unterwegs. Nach vorläufigen Angaben befanden sich zehn Personen, darunter drei Besatzungsmitglieder, an Bord.

Experten sind sich uneinig darüber, was mit Wagner ohne Prigoschin passieren wird, dem es gelang, aus der Gruppe eine Weltmarke zu schaffen. "In letzter Zeit war die Wagner-Gruppe vornehmlich in Weißrussland und Afrika stationiert. Darüber hinaus verpflichtete sich ein bedeutender Anteil der Kämpfer den russischen Streitkräften", erklärt der Militärexperte Juri Knutow. Nach seiner Prognose könnte der Rat der Wagner-Kommandeure entweder Prigoschins Sache weiterführen oder das Unternehmen auflösen. "Ich denke aber, dass sie versuchen werden, das private Militärunternehmen zu erhalten und weiterzuarbeiten. Schließlich verfügt die Organisation über eine reiche Kampferfahrung", merkt er an.

"In Weißrussland sind die Wagner-Kämpfer jetzt hauptsächlich mit der Ausbildung der Militärangehörigen beschäftigt. In Afrika und im Nahen Osten haben sie ein recht breites Tätigkeitsfeld. Sie sind in der Zentralafrikanischen Republik und in Mali im Einsatz, erfüllten gewisse Missionen in Syrien und Libyen, und es ist durchaus möglich, dass sich auch andere Staaten mit der Bitte um Hilfe an sie gewandt haben", führt der Experte aus.

"Man kann sagen, dass es der Wagner-Gruppe gelang, die Lage in denjenigen afrikanischen Staaten zu stabilisieren, wo sie sich befanden und Missionen erfüllten. Und was auch nicht unwichtig ist: Es gelang ihnen, die Franzosen und teilweise sogar die US-Amerikaner zurückzudrängen. Dennoch könnte die Konsolidierung der Gruppe ins Wanken geraten. Natürlich wird vieles vom neuen Kommandanten abhängen. Er wird sich gut im Militärwesen auskennen, aber auch über diplomatische und politische Fähigkeiten verfügen müssen. Das ist notwendig, um einen konstruktiven Dialog mit Staatschefs aufzubauen", sagt Knutow.

"Gegenwärtig ist es schwierig, in der Gruppe einen Kommandanten zu finden, der im Hinblick auf Charisma und mediale Aktivität Prigoschin nahekommen würde. Alle Wagner-Kommandanten sind Militärs, die fernab von Politik und Medien stehen. So etwa Andrei Troschew mit dem Rufnamen "Grauhaariger", den Russlands Präsident als De-facto-Kommandanten während der vergangenen Monate erwähnte", vermutet der Experte.

"Das private Militärunternehmen Wagner ist eine kommerzielle Organisation. Ich denke, dass alle Organisationsformen, die es innerhalb der Wagner-Gruppe gibt, ihre Funktionen auch weiterhin erfüllen werden. Natürlich wird es nicht mehr dieselbe Wagner-Gruppe wie unter Prigoschin sein, denn er verfügte tatsächlich über ein recht großes Charisma", sagt Anatoli Matwijtschuk, ehemaliger Offizier der Spezialtruppen und Oberst a.D.

Seiner Meinung nach werde sich die Struktur der Gruppen kaum bedeutend verändern, und der Rat der Leiter werde bestehen bleiben. "Die Schaffung des privaten Militärunternehmens Wagner war ein langwieriger Prozess. Es nahm an Einsätzen in Syrien und der Zentralafrikanischen Republik teil. Und ich denke, dass die Gruppe ihre Positionen in Afrika halten können wird", erklärt Matwijtschuk.

Der Experte stimmt der These zu, dass die Wagner-Kämpfer die Lage in denjenigen afrikanischen Staaten, wo sie im Einsatz waren, stabilisierten. "Organisatorisch wurden sie zum Teil der afrikanischen Strukturen, die die Exekutive und die Legislative kontrollieren. Sie stützten diese Organisationen mit ihren Bajonetten und konnten die Lage im Kampf gegen den Terror stabilisieren", sagt Matwijtschuk.

In Russland ist der rechtliche Status von privaten Militärunternehmen nicht definiert, erinnert der Militärexperte Alexandr Artamonow. Nach dem Beginn der speziellen Militäroperation, als sich herausstellte, dass sich die NATO auf die Ereignisse wie auf einen großen Krieg vorbereitete, sei es notwendig geworden, auf private Initiative zurückzugreifen.

"In Russland war es ein vorübergehendes Phänomen, das inzwischen faktisch verschwunden ist. Dementsprechend wird Prigoschins Platz niemand einnehmen", vermutet er. In Afrika seien die Aktionen der Gruppe dagegen durch die Russische Föderation garantiert worden, weswegen die Einsätze offenbar mit der Zustimmung Moskaus geführt worden seien. Daher werde die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten wohl kaum große Änderungen erfahren.

Was die Behauptungen des polnischen Ministerpräsidenten über eine angebliche Bedrohung durch die Wagner-Gruppe angeht, "bellen hier getroffene Hunde", meint der Experte. Dies legen offizielle Angaben über die Aufstellung neuer Verbände in Ostpolen nahe, die "jederzeit in die Nordukraine ausrücken könnten".

Artamonow zufolge rühren die von Polen verkündeten Besorgnisse von der Tatsache, dass das Land eine aggressive Position in Bezug auf Russland einnimmt. "Vor dem Hintergrund dieser Erklärungen kämpfen polnische Militärangehörige weiterhin auf dem Gebiet der Ukraine. Sie werden mit militärischen Ehren begraben, denn Warschau selbst führt mit uns einen Krieg und macht keinen Hehl daraus", betont der Experte.

*Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen bei Wsgljad.*

\* \* \*

## **USA nutzen ihre wirtschaftlichen Waffen gleichermaßen gegen Freund und Feind**

<https://freedert.online/wirtschaft/178848-usa-nutzen-ihre-wirtschaftlichen-waffen/>

27.08.2023

**Washington möchte China in dasselbe Schicksal drängen, wie es einst Japan gedrängt hat, dessen wirtschaftliche Stagnation durch ein Abkommen mit den USA ausgelöst wurde. Der entscheidende Punkt dabei ist, dass die USA nicht dulden wollen, dass rivalisierende Volkswirtschaften gedeihen.**

*Von Timur Fomenko*

Angesichts der anhaltenden Konjunkturabschwächung Chinas, lautet eine der kürzlich geäußerten Prognosen für die weitere Entwicklung dieses Landes, dass China in eine "Japanisierung" schlittern könnte.

Dieser Begriff bezieht sich auf die jüngere Wirtschaftsgeschichte Japans, das seit den 1990er-Jahren eine relative wirtschaftliche Stagnation erlebte und dessen aktuelles BIP weiterhin unter dem von 1995 liegt. Diese Episode wird oft als Japans "verlorenes Jahrzehnt" bezeichnet. Obwohl sich das Land im ersten Jahrzehnt der 2000er-Jahre erholte, brach seine Wirtschaft im Chaos der Atomkatastrophe von Fukushima erneut ein und hat sich seitdem nie wirklich erholt. Als Gründe für diese schlechte wirtschaftliche Leistung werden unter anderem die hohe Staatsverschuldung, eine Vermögensblase und eine niedrige Inflation genannt.

Angesichts der aktuellen Schwierigkeiten Chinas, ist es unvermeidlich, dass seine Situation nun mit jener von Japan verglichen wird. Aber es steckt noch mehr dahinter, denn der Beginn des Niedergangs von Japan war nicht nur das Ergebnis einer schlechten Wirtschaftspolitik, sondern auch der Geopolitik.

Ähnlich wie die USA heute China betrachten, galt Japan einst als ein wirtschaftlicher Konkurrent, den es niederzuhalten galt, bevor er die USA an wirtschaftlicher Größe überholen konnte. Dies

geschah mit dem Plaza-Abkommen von 1985, das den US-Dollar gegenüber anderen Währungen, einschließlich des Yen, künstlich schwächen sollte, um das US-Handelsdefizit zu reduzieren – und genau das haben die USA dann durchgedrückt. Seitdem hat sich Japan von einer Wirtschaft der Zukunft zu einer Wirtschaft der Stagnation entwickelt. Und nun hoffen die USA, den Aufstieg Chinas auf ähnliche, wenn auch kontroversere Weise, einzudämmen.

Erstens, egal ob Freund oder Feind, verabscheuen die USA jedes Land, das größer ist als sie selbst und betrachten jeden Emporkömmling als potenzielle Bedrohung für die amerikanische Vorherrschaft über die strategisch wichtigsten High-End-Güter und Technologien der Welt. In den 1980er-Jahren erlebte Japan einen wirtschaftlichen Aufschwung, der jenem in China der vergangenen Jahre ähnelte. China stieg zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt auf und stand kurz davor, die USA zu überholen. Im Jahr 1995 erreichte Japans BIP einen Höchststand von 5,4 Billionen US-Dollar, verglichen mit 7,6 Billionen US-Dollar in den USA.

Im vorangegangenen Jahrzehnt machte man sich in den USA große Sorgen über den Aufstieg Japans und man begann damit, über die Medien Angst vor Japan zu schüren, indem man ein "wirtschaftliches Pearl Harbor" heraufbeschwor und – überraschenderweise – viele der propagandistischen Maßnahmen anwendete, die heute gegen China angewendet werden. Zu den gegen Japan erhobenen Vorwürfen gehörten "unfaire Handelspraktiken" und "Diebstahl von geistigem Eigentum" – Vorwürfe, die heute gegen China im Raum stehen. Das Ergebnis war, dass die USA damit begannen, gegen japanische Unternehmen vorzugehen und protektionistische Maßnahmen zu ergreifen, um japanische Güter vom US-amerikanischen Markt zu verdrängen, während man gleichzeitig einen besseren Zugang zum japanischen Markt forderte.

Dann, im Jahr 1985, kapitulierten Tokio und eine Reihe anderer Länder vor den Forderungen der USA und das Plaza-Abkommen wurde besiegelt. Der US-Dollar wurde gegenüber dem japanischen Yen zwangsweise abgewertet, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit Japans untergraben wurde. Im Laufe des darauffolgenden Jahrzehnts hatte dies einen kumulativen Effekt, da japanische Güter teurer wurden und die weltweiten Importeure vor ihnen zurückschreckten. Die Zentralbank des Landes versuchte, den Wert des Yen niedrig zu halten, was zu einer Börsenblase führte, die dann platzte und das Land in eine Rezession stürzte. Der Beginn des "verlorenen Jahrzehnts".

Die USA haben den Aufstieg Japans effektiv niedergedrückt. Dies gelang ihnen jedoch nur, indem sie Tokio dazu gedrängt haben, einer wirtschaftlichen Demütigung zuzustimmen. Die USA möchten heute eine ähnliche "wirtschaftliche Unterwerfung" Pekings erreichen, jedoch mit einer zusätzlichen militärischen Dynamik. Washington will den chinesischen Markt für US-amerikanische Unternehmen aufteilen und gleichzeitig im In- und Ausland systematisch den Erfolg chinesischer Unternehmen untergraben. Man hofft auch, dass China im Gegenzug auf eine Weise reagieren wird, die sein eigenes Wirtschaftswachstum bremst und damit sein eigenes "verlorenes Jahrzehnt" einläutet.

Der entscheidende Punkt dabei ist, dass die USA nicht dulden wollen, dass rivalisierende Volkswirtschaften gedeihen. Der japanische Staat der Nachkriegszeit war wirtschaftlich erfolgreich, aber es wurde ihm nie ermöglicht, so weit zu wachsen, dass er die Kontrolle der USA über ihn abschütteln konnte. In ähnlicher Weise haben die USA Maßnahmen ergriffen, um die Autonomie und den Wohlstand Deutschlands zu lähmen, insbesondere durch Ausnutzung des aktuellen Ukraine-Konflikts. China wird natürlich sowohl als wirtschaftlicher Konkurrent als auch als militärischer Gegner betrachtet, und als solcher besteht in Washington kein Wohlwollen für den Aufstieg Chinas. Ein "japanisiertes" China ist eines, das den Interessen der USA zugutekommt, das weniger wettbewerbsfähige Güter herstellen kann und daher gezwungen sein wird, mehr US-amerikanische Güter einzuführen.

*Aus dem in Englischen.*

**Timur Fomenko** ist ein politischer Analyst.

\* \* \*

## **F-16 an Kiew: Weitere Eskalation, aber für die Ukraine und den Westen nutzlos**

<https://freedert.online/europa/179091-f-16-an-kiew-weitere-runde-eskalationsspirale-kiew-westen-nutzlos/>

28.08.2023

**Begrenzte Mengen an Kampfflugzeugen F-16 aus US-Herstellung an Kiew zu liefern, ist ein weiterer Schritt der Eskalation, die die NATO in einen direkten Krieg gegen Russland hineinzieht – und genauso nutzlos wie die vorigen.**

*Eine Analyse von Ilja Kramnik*

Die Antwort auf die Frage, wozu die ukrainischen F-16 in ukrainischer Hand fähig sein werden, hängt von sehr vielen Parametern ab. Und einer der wichtigsten dabei ist die Anzahl der aus dem Westen übergebenen Kampfflugzeuge. Wenn es sich um 20–30 Maschinen handelt (und in der ersten Phase werden es wohl kaum mehr werden), dann werden sich die Fähigkeiten dieser Flotte nicht von denen der für Kiew heute verfügbaren sowjetischen Su-27 und MiG-29 unterscheiden: Seltene Flugeinsätze von einzelnen Maschinen, manchmal auch von Paaren, für Angriffe auf Bodenziele unter Verwendung von Lenkwaffen – Lenkflugkörper JASSM und HARM, JDAM-ER-Bomben und dergleichen.

Natürlich wird die F-16-Flotte bei solchen Flügen Verluste erleiden, aber sie werden nicht allzu kritisch sein: Um immer mal wieder eine Maschine oder ein Flugzeugpaar in den Einsatz zu schicken, dafür wird die Flotte in der oben umrissenen Größe lange reichen.

Ein Kampf um die Luftherrschaft hingegen ist mit einer solchen Formation schon aufgrund der Anzahl unmöglich. Ständige Luftpräsenz lässt sich mit 20–30 Flugzeugen nicht aufrechterhalten, insbesondere angesichts der Ausdehnung der Front. Und selbst wenn Kiew dies versucht, dann bedeutet jeder Verlust eine ernsthafte Schwächung eines solchen ohnehin schon kleinen Aufgebots.

Auch können die transferierten F-16A, die in den 1980er Jahren gebaut und teilweise modernisiert wurden, nicht um die Lufthoheit gegen Russlands Suchoi Su-30SM und Su-35 kämpfen: Diese sind ihnen in Bezug auf Reichweite ihrer Radare und Schussweite mit Luft-Luft-Lenkraketen überlegen, zumal es in den russischen Streitkräften eine kleine, aber einsatzbereite Gruppe von Spezialflugzeugen gibt, vor allem fliegende Luftgefechtsstände – und der ukrainischen Luftwaffe solche Maschinen fehlen.

Unterstützung der ukrainischen F-16 durch fliegende Luftgefechtsstände der NATO-Luftstreitkräfte kann wiederum nur in sehr begrenztem Maße hilfreich sein: Die Radarreichweite der E-3 Sentry-Flugzeuge reicht nicht aus, um ein vollwertiges Gefechtsmanagement über der Ostukraine zu gewährleisten. Indes darf man den NATO-Verband solcher Maschinen nicht völlig abschreiben: Seine Fähigkeiten zur elektronischen Aufklärung sind sehr groß – und gerade in Verbindung mit der Satellitenaufklärung in ihren verschiedenen Formen, die ja nirgendwohin verschwunden ist, sehr nützlich. Doch um Kiew eine "Informationsüberlegenheit" im Luftkampf zu verschaffen, wären Flüge der Radar-Fernaufklärung direkt über ukrainischem Gebiet erforderlich, und zwar mindestens irgendwo ziemlich nah am Dnjepr. (Falls es ausgesprochen werden muss: Dort wären sie für

Russlands Jagdflugzeuge und Luftabwehr vogelfrei und ein dickes, fettes Ziel; Anm. der Redaktion)

Die Antwort auf die Frage, welche Flugzeuge die ukrainische Luftwaffe einsetzen könnte, um der russischen Luftwaffe die Lufthoheit streitig zu machen, ist also recht einfach: nur zahlreiche. Genaugenommen braucht es ab einhundert Kampfflugzeuge aufwärts, und zwar in moderner Ausführung – und diese müssen, wie gesagt, auch von einer Gruppe von Flugzeugen zur Fernaufklärung mittels Radar direkt über ukrainischem Gebiet unterstützt werden. Die ukrainischen Luftstreitkräfte können einen solchen Verband allerdings nicht aufstellen. Und zwar noch nicht einmal dann, falls ihnen die Flugzeuge und überhaupt die gesamte Ausrüstung aus dem Ausland geliefert werden: Dazu wären sehr viel mehr Leute und eine lange Zeit – Jahre – erforderlich. Was in dieser Zeit aus den ukrainischen Landstreitkräften wird, drängt sich in diesem Zusammenhang als eine andere Frage auf.

Aber selbst wenn man von der hypothetischen Möglichkeit einer solchen Formation ausgeht, bietet sie keine Erfolgsgarantie: Die russischen Luft- und Weltraumkräfte könnten in Reaktion darauf ihre eigene an der militärischen Sonderoperation teilnehmende Gruppierung aufstocken. Daraufhin müsste, wenn man weiterhin nach derselben Eskalationslogik verfährt, die Frage nach dem Einsatz der gesamten NATO-Luftwaffe im Krieg in der Ukraine gestellt werden.

*Übersetzt aus dem Russischen.*

*Ilja Kramnik ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Studien der strategischen Planung des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften. Man kann ihm auf seinem Telegram-Kanal folgen.*

\* \* \*

## **Pepe Escobar: Willkommen bei BRICS 11!**

<https://freedert.online/international/179232-pepe-escobar-willkommen-bei-brics/>

29.08.2023

**Mit der Aufnahme von sechs neuen Mitgliedern, die BRICS mehr geostrategisches Gewicht und geografische Tiefe verleihen, gewinnt diese multilaterale Institution den nötigen Schwung, um die internationalen Beziehungen neu zu gestalten.**

*Von Pepe Escobar*

Am Ende wurde Geschichte geschrieben. Die BRICS-Staaten haben selbst die größten Erwartungen übertroffen und mit der Erweiterung der Gruppe auf BRICS 11 einen großen Schritt in Richtung Multipolarität getan. Ab dem 1. Januar 2024 werden sich den fünf ursprünglichen BRICS-Mitgliedern Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) anschließen.

Nein, das Staatenbündnis wird sich nicht in ein unaussprechliches "BRIICSSEEUA" verwandeln. Der russische Außenminister Sergej Lawrow bestätigte: das Lied bleibt dasselbe – mit dem vertrauten BRICS-Akronym für die multilaterale Organisation des Globalen Südens, der Globalen Mehrheit oder der neuen "Globalen Welt", welche die Konturen des künftigen Systems der internationalen Beziehungen gestalten wird.

Hier kommt die Johannesburg-II-Erklärung des 15. BRICS-Gipfeltreffens. BRICS 11 ist erst der Anfang. Die Warteschlange derer, die sich anschließen wollen, ist lang. Ohne auf die Dutzenden

von Ländern einzugehen, die nach Angaben der Südafrikaner bereits "ihr Interesse bekundet" haben, umfasst die offizielle Liste der Kandidaten Algerien, Bangladesch, Bahrain, Bolivien, Venezuela, Vietnam, Guinea, Griechenland, Honduras, Indonesien, Kuba, Kuwait, Marokko, Mexiko, Nigeria, Tadschikistan, Thailand, Tunesien, Syrien, Türkei und Weißrussland.

Bis zum nächsten Jahr werden die meisten von ihnen entweder Partner von BRICS 11 oder als Teil der zweiten und dritten Beitrittswelle vollwertige Mitglieder sein. Die Südafrikaner haben betont, dass BRICS "nicht auf eine einzige Expansionsphase beschränkt sein wird".

## **Die russisch-chinesische Führung in der Praxis**

Der Weg zu BRICS 11 während der zweitägigen Diskussionen in Johannesburg war hart und holprig, wie der russische Präsident Wladimir Putin eingestand. Das Endergebnis entpuppte sich dennoch als ein Wunderwerk der transkontinentalen Integration. Der Nahe und Mittlere Osten wurden kraftvoll integriert. Die arabische Welt hat bald drei Vollmitglieder, ebenso Afrika. Und Brasilien hat strategisch darauf hingewirkt, das in Schwierigkeiten geratene Nachbarland Argentinien einzubeziehen.

Der Anteil der BRICS 11 am globalen BIP beträgt, nach Kaufkraftparität (KKP) gerechnet, 36 Prozent und ist damit bereits jetzt größer als der Anteil der G7. Das neue Staatenbündnis vereint 47 Prozent der Weltbevölkerung.

Mehr noch als ein Durchbruch in geopolitischer und geökonomischer Hinsicht ist der Zusammenschluss der BRICS 11 ein echter Paukenschlag an der Energiefront. Durch den Beitritt von Teheran, Riad und Abu Dhabi werden die BRICS 11 sofort zu einer Öl- und Gas-Großmacht, die laut InfoTEK 39 Prozent der weltweiten Ölexporte, 45,9 Prozent der nachgewiesenen Reserven und 47,6 Prozent des gesamten weltweit geförderten Öls kontrolliert. Eine Symbiose zwischen BRICS 11 und OPEC+ ist da unvermeidlich (unter der Führung Russlands und Saudi-Arabiens), ganz zu schweigen von der OPEC selbst.

Übersetzt heißt das: Der kollektive Westen könnte bald seine Kontrolle über die Ölpreise verlieren – und damit auch die Mittel, seine einseitigen Sanktionen durchzusetzen.

Saudi-Arabien, das sich mit Russland, China, Indien und Iran verbündet, bietet einen verblüffenden Kontrapunkt zu der von den USA herbeigeführten Ölkrise in den frühen 1970er Jahren, als Riad begann, in Petrodollars förmlich zu schwimmen. Dies ist die nächste Stufe der von Russland initiierten und von China vollzogenen Annäherung zwischen Riad und Teheran, die kürzlich in Peking besiegelt wurde.

Und das ist genau das, was die strategischen Führungen Russlands und Chinas immer im Sinn hatten. Die diplomatische Meisterleistung ist voll von bedeutsamen Details: BRICS 11 wird genau an dem Tag ins Leben gerufen, an dem Russland die turnusmäßige Präsidentschaft der BRICS übernehmen wird - am 1. Januar 2024.

Im kommenden Jahr wird das Gipfeltreffen der BRICS 11 in Kasan, der Hauptstadt von Russlands Teilrepublik Tatarstan, stattfinden. Ein weiterer Schlag gegen die irrationale Isolations- und Sanktionspolitik des Westens. Erwarten Sie also im kommenden Januar mehr Integration des Globalen Südens, der Globalen Mehrheit und der Globalen Welt, einschließlich noch radikalerer Entscheidungen, die von der mit Sanktionen belegten russischen Wirtschaft getroffen werden – die übrigens mit einem KKP-Wert von über 5 Billionen US-Dollar inzwischen die fünftgrößte der Welt ist.

## G7 im Koma

Die G7 liegt jetzt praktisch auf der Intensivstation. Die G20 könnte ihr bald dorthin folgen. Die neue "Globale Welt" könnten die BRICS 11 sein – und später die BRICS 20 oder sogar BRICS 40. Bis dahin wird auch der Petrodollar nur noch auf der Intensivstation am Leben erhalten.

Der Höhepunkt des BRICS-11-Gipfeltreffens wäre ohne die herausragende Leistung der "Spielmacher" nicht zustande gekommen: Putin und der chinesische Präsident Xi Jinping, unterstützt von ihren jeweiligen Teams. Die strategische Partnerschaft zwischen Russland und China stand in Johannesburg im Vordergrund und gab die wichtigsten Leitlinien vor. Wir müssen mutig sein und expandieren; wir müssen auf eine Reform des derzeitigen institutionellen Rahmens drängen – vom UN-Sicherheitsrat über den IWF bis hin zur WHO; und wir müssen uns von jenen Institutionen befreien, die der künstlichen "regelbasierten internationalen Ordnung" unterworfen sind.

Kein Wunder, dass Xi diesen Moment als *"historisch"* bezeichnete. Putin ging sogar so weit, alle BRICS 11 öffentlich aufzufordern, den US-Dollar aufzugeben und die Handelsverrechnungen in nationalen Währungen auszuweiten – und er betonte, dass die BRICS "Hegemonien jeglicher Art" und *"den Ausnahmestatus, den einige Länder anstreben"*, ablehnen – ganz zu schweigen von *"einer Politik des fortgesetzten Neokolonialismus"*.

Auch wenn die chinesische Neue Seidenstraßen-Initiative im nächsten Monat ihr zehnjähriges Bestehen feiert, betonte Putin die Notwendigkeit, diese Initiative weiterzuführen:

*"... eine ständige BRICS-Verkehrskommission einrichten, die sich nicht nur mit dem Nord-Süd-Projekt [gemeint ist der Internationale Nord-Süd-Transportkorridor INSTC], dessen wichtigste BRICS-Mitglieder Russland, Iran und Indien sind] befassen würde, sondern auch in einem breiteren Rahmen mit der Entwicklung von Logistik- und Transportkorridoren, sowohl interregional als auch global."*

Passen Sie auf: Russland und China sind bei den Verbindungskorridoren auf einer Wellenlänge, und sie bereiten sich darauf vor, ihre kontinentalen Verkehrsprojekte weiter zu verknüpfen.

An der Finanzfront wurden die Zentralbanken der derzeitigen BRICS-Staaten angewiesen, den Handel in Landeswährungen ernsthaft zu prüfen und auszubauen.

Putin äußerte sich sehr realistisch zur Abkehr vom US-Dollar:

*"Die Frage der einheitlichen Abrechnungswährung ist ein komplexes Thema, aber wir werden diese Probleme auf die eine oder andere Weise lösen."*

Damit ergänzte er die Ausführungen des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, wonach die BRICS-Staaten eine Arbeitsgruppe eingesetzt haben, um die Durchführbarkeit einer Referenzwährung zu prüfen.

Parallel dazu hat die Neue Entwicklungsbank (NDB) der BRICS drei neue Mitglieder aufgenommen: Bangladesch, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate. Doch ihr Weg zur Prominenz wird von nun an noch steiler sein.

Der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa lobte öffentlich den Bericht von NDB-Präsidentin Dilma Rousseff über die neun Jahre alte Institution, doch Dilma selbst betonte erneut, dass die Bank nur 30 Prozent der gesamten Kredite in Währungen vergeben will, die den US-Dollar umgehen.

Das ist kaum genug. Und warum? Die Antwort auf diese Frage muss Sergei Glasjew geben, der Minister für Makroökonomie bei der Eurasischen Wirtschaftskommission, die im Rahmen der von Russland geführten EAWU arbeitet:

*"Es ist notwendig, die Statuten dieser Bank zu ändern. Als sie gegründet wurde, habe ich versucht, unseren Finanzbehörden zu erklären, dass das Kapital der Bank auf die nationalen Währungen der Gründungsländer verteilt werden sollte. Aber die amerikanischen Vertreter glaubten wie verrückt an den US-Dollar. Das Ergebnis ist, dass diese Bank heute Angst vor Sanktionen hat und halb gelähmt ist."*

## **Keine Berge können einen mächtigen Fluss aufhalten**

Ja, die vor uns liegenden Herausforderungen sind immens. Aber der Wille zum Erfolg ist ansteckend, was vielleicht am besten durch die bemerkenswerte Rede von Xi bei der Abschlusszeremonie des BRICS-Wirtschaftsforums verkörpert wird, die vom chinesischen Handelsminister Wang Wentao verlesen wurde.

Es ist, als ob Xi eine Mandarin-Version des amerikanischen Pop-Klassikers "Ain't No Mountain High Enough" von 1967 zitiert hätte. Er zitierte ein chinesisches Sprichwort: *"Keine Berge können den reißenden Strom eines mächtigen Flusses aufhalten."* Und er erinnerte sein Publikum daran, dass der Kampf sowohl edel als auch notwendig sei:

*"Ungeachtet der Widerstände, die es geben mag, werden die BRICS, eine positive und stabile Kraft für das Gute, weiter wachsen. Wir werden eine stärkere strategische Partnerschaft der BRICS schmieden, das 'BRICS-Plus'-Modell ausbauen, die Erweiterung der Mitgliedschaft aktiv vorantreiben, die Solidarität und Zusammenarbeit mit anderen Schwellenländern vertiefen, die globale Multipolarität und mehr Demokratie in den internationalen Beziehungen fördern und dazu beitragen, die internationale Ordnung gerechter und fairer zu gestalten."*

Fügen Sie dieses Bekenntnis zur Menschlichkeit zu dem Bild hinzu, das die "Globale Welt" von Russland hat. Obwohl die Kaufkraftparität der russischen Wirtschaft inzwischen höher ist als die der imperialen europäischen Vasallen, wird Russland vom Globalen Süden als *"die Unsrigen"* wahrgenommen. Die Ereignisse in Südafrika haben dies deutlich gemacht, und Russlands Übernahme des BRICS-Vorsitzes in vier Monaten wird dies noch einmal verdeutlichen.

Es ist kein Wunder, dass der kollektive Westen nun benommen und verwirrt zittert, da er spürt, dass sich die Erde – zumindest 85 Prozent davon – unter seinen Füßen wegdreht.

*Übersetzt aus dem Englischen*

\* \* \*

## **Alexander Dugin: Die zweite Welt löst die erste ab – die multipolare Welt wird Realität**

<https://freedert.online/international/179184-zweite-welt-loest-erste-ab/>

30.08.2023

**Die von Russland beschworene multipolare Welt formiert sich gerade. Auch wenn es dem Westen nicht gefällt, so verliert er doch seine Hegemonie über den Planeten und wird ihn vielmehr in Zukunft mit sechs anderen zivilisatorischen Polen teilen müssen.**

*Von Alexander Dugin*

Was auf dem 15. BRICS-Gipfel in Johannesburg geschah, ist wirklich historisch. Auch wenn der Präsident Russlands, der Begründer der BRICS, nicht daran teilgenommen hat, so ist das Gipfeltreffen doch ein Wendepunkt in der modernen Geschichte. Die Weltordnung verändert sich vor unseren Augen. Versuchen wir einmal, die sich vollziehenden tektonischen Veränderungen zu verstehen.

BRIC war ursprünglich ein Akronym von vier Ländernamen – Brasilien, Russland, Indien, China –, vorgeschlagen von dem Wirtschaftswissenschaftler Jim O'Neill 2001, um die Merkmale von Ländern mit sich aktiv entwickelnden Volkswirtschaften zusammenzufassen, die versuchten, den entwickelten Westen in einer Reihe von grundlegenden Parametern einzuholen. In diesem Sinne sind die BRIC-Länder zu dem geworden, was Immanuel Wallerstein als "Semi-Peripherie-Länder" bezeichnete. In Wallersteins Weltsystemkonzept wurde die Welt in drei Zonen eingeteilt:

1. das Zentrum (der reiche Westen),
2. die Halb-Peripherie (die BRIC-Staaten) und
3. die Peripherie (der arme Süden).

Wallerstein selbst sagte im Geiste der trotzkistischen Ideologie den Zusammenbruch der Länder der Halb-Peripherie voraus. Deren Eliten sollten sich nach seiner Meinung in das westliche System integrieren – typische Beispiele wären die russische Oligarchie sowie die Finanzmagnaten Indiens und teilweise Chinas. Und die von diesen Eliten unterdrückten und ruinierten Massen würden gezwungen sein, sich dem weltweiten Proletariat anzuschließen, also sich der Peripherie anzugleichen. In diesem Konzept ist die weltweite Migration die Haupttriebkraft für eine solche Aufteilung der Halb-Peripherie in eine koloniale Elite, die danach strebt, ein Teil des Zentrums zu werden – das heißt, sich dem Westen anzuschließen –, und eine internationale Unterschicht, in der sich die Arbeitsmigranten mit der verarmten einheimischen Bevölkerung gleichschalten und vermischen werden.

Eine andere Definition der BRIC-Länder ist der Begriff "zweite Welt". Auch hier gilt die "erste Welt" als der reiche Westen und die "dritte Welt" als die hoffnungslos rückständigen Länder. Die "zweite Welt" liegt genau dazwischen – sie lebt viel besser als die "dritte Welt", bleibt aber deutlich hinter der "ersten Welt" zurück.

Die BRIC-Staaten zeigten Anzeichen von Selbstbewusstsein und beschlossen 2006 auf Initiative des russischen Präsidenten Wladimir Putin, einen Club der Länder der "zweiten Welt" oder der "Halb-Peripherie" zu gründen.

Es zeigte sich, dass vier Zivilisationen die Grundlage der BRIC bildeten: Brasilien, das eine eigenständige lateinamerikanische Zivilisation ist, Russland-Eurasien (weil Slawophile und Eurasier Russland als eigenständige Zivilisation, als einen Weltstaat verstanden) sowie Indien und China, deren zivilisatorische Identität und uralte Geschichte absolut keine Zweifel aufwerfen.

Somit stellte sich heraus, dass die Länder dieser Semi-Peripherie oder zweiten Welt nicht einfach nur ein bestimmtes wirtschaftliches Entwicklungsniveau oder eine Etappe auf dem Weg zur Modernisierung nach westlichem Vorbild darstellen, sondern uralte und ganz besondere Zivilisationen sind. So wurde die Gründung der BRIC als multipolarer Club von vielen als Bestätigung für Samuel Huntingtons These gesehen, der für die Zukunft eine Rückkehr zu den Zivilisationen und ein multipolares System vorhersagte. Dieses System würde die bipolare Aufteilung der Welt anstelle der von Liberalen und Globalisten proklamierten unipolaren Welt

(gemäß dem "Ende der Geschichte" von Francis Fukuyama – also Huntingtons Hauptwidersacher) ablösen.

Das Prinzip der BRIC-Vereinigung bestand darin, sich außerhalb der Zone des dominanten Einflusses der westlichen Hegemonie zu positionieren. Jede dieser Zivilisationen hatte ihre eigenen grundlegenden Begründungen für ihre Souveränität: China – Wirtschaft, Finanzsystem und Demografie; Indien – ebenfalls Wirtschaft, Demografie und Hochtechnologie; Russland – Ressourcen, Atomwaffen und eine politische Geschichte der hartnäckigen Behauptung der Souveränität gegenüber dem Westen; Brasilien – Wirtschaft, Industrie und Demografie.

Die BRIC waren anfangs sehr vorsichtig und friedlich, hatten sich aber zum Rückgrat einer Alternative zur Unipolarität erklärt und lehnten die starre Hegemonie des kollektiven Westens (der NATO und anderer streng unipolarer, von den USA dominierter Organisationen) ab. Während sich die westliche Zivilisation selbst als die einzig wahre Zivilisation bezeichnete, was die Essenz des Globalismus und der Unipolarität darstellt, vertraten die BRIC-Länder souveräne und unabhängige Zivilisationen, die sich vom Westen unterscheiden und über eine lange Geschichte und ein völlig eigenständiges System traditioneller Werte verfügen. Schließlich brachte der multipolare Club auch seine Entschlossenheit zum Ausdruck, diesen Zustand in Zukunft zu verteidigen.

Dabei stellt jedes der BRIC-Länder mehr als nur ein Land dar. Brasilien, die größte Macht Südamerikas, repräsentierte den gesamten lateinamerikanischen Subkontinent. Russland, China und Indien sind jedes für sich genommen groß genug, um als Zivilisationen betrachtet zu werden. Aber sie sind auch mehr als nur Nationalstaaten. Russland ist die Vorhut Eurasiens, des eurasischen "Großraums". China ist für ein bedeutendes Gebiet der benachbarten Mächte Indochinas verantwortlich. Das Projekt "One Belt and One Road" umreißt genau die sich ausweitende Einflusszone dieses chinesischen Pols. Auch Indien dehnt seinen Einfluss über seine Grenzen hinaus aus – zumindest auf Bangladesch und Nepal.

Als sich im Jahre 2011 Südafrika (das S am Ende des späteren Akronymes BRICS) den BRIC-Ländern anschloss, war nun auch noch Afrika symbolisch durch ein großes Land dieses Kontinents vertreten.

Das wichtigste Ereignis in der Geschichte der BRICS fand jedoch jetzt auf dem 15. Gipfeltreffen statt, das vom 22. bis zum 24. August 2023 in Johannesburg abgehalten wurde. Hier wurde der historische Beschluss gefasst, sechs weitere Länder in die Organisation aufzunehmen: Argentinien, Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Jedes dieser Länder bringt mit seinem Beitritt zum multipolaren Club mehr als nur einen weiteren Antrag auf Teilnahme an internationalen Vereinigungen mit sich, von denen es heute – auch ohne die BRICS – genug gibt.

Der Beitritt von vier islamischen Mächten – darunter Iran als schiitisch sowie sunnitisch Saudi-Arabien, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate – erfolgte aus grundsätzlichen Erwägungen. Iran stellt den schiitischen Pol dar. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sind die Länder auf der arabischen Halbinsel, die die Heiligkeit des Islams bewahren und das Zentrum des Sunnitentums bilden, und zugleich wichtige Rohstoff- und Finanzzentren. Ägypten ist eine unabhängige und einflussreiche Mittelmeeremacht mit erheblichem Machtpotenzial und politischem Gewicht. Auf diese Weise wurde die unmittelbare Beteiligung der gesamten islamischen Zivilisation, vertreten durch beide Richtungen Sunnitentum und Schiitentum, an der multipolaren Welt gefestigt.

Darüber hinaus trat neben dem portugiesischsprachigen Brasilien nun mit dem spanischsprachigen Argentinien eine weitere starke und unabhängige lateinamerikanische Macht den BRICS bei. Seit

Mitte des 20. Jahrhunderts betrachteten Theoretiker südamerikanischer Vereinigungen die Region als einen Großraum, der sich konsolidieren sollte. Insbesondere der argentinische General Juan Perón und der brasilianische Präsident Getúlio Vargas sahen die Annäherung von Brasilien und Argentinien als den entscheidenden Akkord dieses Prozesses. Wenn dies gelingt, werde der Prozess der Integration der lateinamerikanischen Ökumene (Alberto Buela) unumkehrbar sein. Genau dies geschieht jetzt im Zusammenhang mit dem Beitritt der beiden südamerikanischen Mächte Brasilien und Argentinien zum multipolaren Club. Es ist kein Zufall, dass die Globalisten über den Beitritt Argentinien zu den BRICS derartig wütend sind und alle ihre Einflussagenten in der argentinischen Politik mobilisiert haben, um das zu verhindern.

Die Aufnahme Äthiopiens hat auch eine hohe symbolische Bedeutung. Es ist das einzige afrikanische Land, das während der gesamten Kolonialzeit unabhängig blieb und seine Souveränität, seine Unabhängigkeit und seine einzigartige Kultur (die Äthiopier sind das älteste christliche Volk) verteidigte. Zusammen mit Südafrika stärkt Äthiopien die Präsenz des afrikanischen Kontinents im multipolaren Club.

In der Tat haben wir mit der neuen Zusammensetzung der BRICS ein umfassendes Modell der Vereinigung aller Pole und Zivilisationen sowie großer Räume, die auf dem Planeten existieren. Mit Ausnahme des Westens, der immer noch verzweifelt versucht, seine Hegemonie und unipolare Stellung zu bewahren. Nun steht er jedoch nicht mehr unterschiedlichen und gespaltenen Ländern voller innerer und äußerer Widersprüche gegenüber, sondern einer geeinten Kraft der Mehrheit der Menschheit, die entschlossen ist, eine multipolare Welt aufzubauen.

Diese multipolare Welt setzt sich aus den folgenden Zivilisationen zusammen:

- Der Westen (USA und EU sowie deren Vasallen, zu denen leider auch das einst stolze und unverwechselbare Japan gehört);
- China (plus Taiwan) mit seinen Satelliten;
- Russland (als Koordinator des gesamten eurasischen Raums);
- Indien und dessen Einflusszone;
- Lateinamerika (mit Brasilien und Argentinien in seinem Kern);
- Afrika (Südafrika und Äthiopien, außerdem werden auch erkennbar Mali, Burkina Faso, Niger und so weiter, die aus der französischen Kolonialherrschaft hervorgegangen sind, davon angezogen);
- Islamische Welt (mit ihren beiden Glaubensrichtungen, dem Schiitentum Irans und das Sunnitentum in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten).

Wir haben also die Struktur einer sogenannten heptapolaren Welt, die aus sieben eigenständigen Zivilisationen besteht, von denen einige bereits voll entwickelt sind (wie der Westen, China, Russland und Indien) und andere (die islamische Welt, Afrika und Lateinamerika) auf dem Weg dorthin sind. Gleichzeitig beansprucht im Rahmen dieser heptapolaren Welt, einer Art entstehender Heptarchie, eine der Zivilisationen – nämlich die westliche – die Hegemonie, während die anderen sechs ihr dieses Recht absprechen, sondern vielmehr nur noch ein multipolares System akzeptieren und den Westen nur als eine der Zivilisationen neben anderen anerkennen.

Die Richtigkeit von Samuel Huntingtons These, der die Zukunft in der Rückkehr der Zivilisationen sah, hat sich also jetzt in der politischen Praxis bestätigt. Gleichzeitig zeigt sich, dass Francis Fukuyamas These, dass mit der globalen Hegemonie des liberalen Westens das Ende der Geschichte bereits erreicht sei, offensichtlich ein Irrtum war. Daher bleibt Fukuyama nur noch, Lektionen für die ukrainischen Neonazis zu lesen, denn diese Nazis stellen die letzte Hoffnung der Globalisten dar, den Beginn dieser Multipolarität aufzuhalten, für die Russland heute in der Ukraine kämpft.

Der August des Jahres 2023 kann als geschichtlicher Moment der Geburt einer multipolaren (und noch genauer: einer heptapolaren) Welt betrachtet werden.

Die Heptarchie ist erkennbar. Es ist höchste Zeit, sich genauer anzusehen, wie die zivilisatorischen Pole selbst die Situation, in der sie sich befinden, interpretieren.

*Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen auf RIA Nowosti am 29. August 2023.*

*Alexander Dugin ist ein russischer Philosoph.*

\* \* \*

## **Letzte Chance für Selenskij: NATO und Kiew besprechen ihre Russland-Strategie**

<https://freedert.online/international/179319-letzte-chance-fuer-selenskij-nato/>

31.08.2023

**Die NATO-Staaten besprechen mit der Ukraine eine Fortsetzung der Kämpfe um mindestens ein Jahr. Kiew wird F-16-Jäger erhalten, allerdings eine größere Effektivität demonstrieren müssen. Verhandlungsbereitschaft zum jetzigen Zeitpunkt ist vom Westen dagegen nicht zu erwarten.**

*Von Michail Katkow*

Den ganzen Sommer über haben westliche Medien unter Verweis auf offizielle Persönlichkeiten der USA und der EU behauptet, dass Kiew zu einem Einfrieren des Konflikts angeregt werden würde, falls die ukrainische Gegenoffensive scheitern sollte. Dennoch erfolgten Mitte August an der Grenze der Ukraine zu Polen Verhandlungen zwischen dem ukrainischen Oberbefehlshaber Saluschny sowie dem Kommandeur der NATO-Kräfte in Europa, Christopher Cavoli, und dem Chef des britischen Verteidigungsstabs, Antony Radakin. Allem Anschein nach hat die Allianz nun einen neuen Plan.

Berichten zufolge stritten die Generäle fünf Stunden lang über die Strategie des ukrainischen Militärs, versuchten zu verstehen, wie das Tempo der Offensive beschleunigt werden könnte, dachten über die Vorbereitung der Winterkampagne nach und diskutierten die Kampfhandlungen im Jahr 2024.

Die Zeitung *The Wall Street Journal* behauptete, dass die USA mit dem unbedeutenden Vorrücken des ukrainischen Militärs unzufrieden seien und von Saluschny fordern würden, seine Taktik zu revidieren. Insbesondere solle er seine Bemühungen auf einen Durchbruch der russischen Verteidigung im Süden konzentrieren und zum Asowschen Meer vorstoßen. Doch der ukrainische Oberbefehlshaber korrigierte seine Aktionen nur geringfügig. Nach Medienangaben ist er der Ansicht, dass das Pentagon die Natur der russisch-ukrainischen Konfrontation nicht verstehe. "Das ist keine Partisanenbekämpfung. Das ist die Schlacht von Kursk", zitierte ihn *The Wall Street Journal*.

Ihrerseits berichtete *The New York Times* vom Wunsch des Pentagons, die russische Landbrücke zur Krim zu kappen. Nach Meinung der USA sei das ukrainische Militär zu zerstreut, um diese Aufgabe zu bewältigen. So sollen sich bei Artjomowsk (ukrainisch: Bachmut) ungefähr so viele Truppen befinden, wie für den Durchbruch zum wichtigeren Melitopol bereitgestellt wurden. Dabei erhielt Kiew die Empfehlung, Minenfelder ohne Rücksicht auf menschliche Verluste und verlorene Technik zu überwinden.

## Neue Hoffnung

Die Ukraine fordert ihrerseits noch mehr Kriegsgerät, doch Washington bezweifelt, dass es 2024 genauso viele Waffen wie 2023 übergeben kann. Bescheidene militärische Erfolge des ausgehenden Sommers spielen Kiew dabei nicht gerade in die Hände. Dennoch versucht Saluschny, seine transatlantischen Kollegen zu überzeugen, dass er kurz vor einem Durchbruch steht.

Sein Hauptargument sind die Kämpfe um die Ortschaft Rabotino im Gebiet Saporoschje. Die Ukraine gibt sie für den Wendepunkt der Gegenoffensive aus. Angeblich rücke die Einnahme eines Dorfes, in dem zu Friedenszeiten weniger als 500 Menschen lebten, den Fall von Melitopol in greifbare Nähe. Andere Erfolgsgeschichten hat Kiew dem Westen nicht zu bieten.

Um das offensive Potenzial des ukrainischen Militärs zu stärken, machte sich die NATO an die Vorbereitung von F-16-Lieferungen. Laut dem Sprecher des Luftwaffenkommandos der Ukraine, Juri Ignat, werden 128 Flugzeuge benötigt. Die Niederlande und Dänemark sagten insgesamt 61 Maschine zu, Norwegen versprach zwölf Flugzeuge. Berücksichtigt man, dass die Pilotenausbildung zum Sommer 2024 abgeschlossen werden soll, ist unabhängig von den Ergebnissen der laufenden Offensive in einem Jahr der nächste Versuch zu erwarten.

Ebenso gab Selenskij bekannt, dass das Militär auf einer Beschleunigung der Mobilmachung bestehe. Dem Sekretär des ukrainischen Sicherheitsrats Alexei Danilow zufolge werden so viele Menschen wie nötig einberufen. Der stellvertretende Präsident des Rada-Komitees für nationale Sicherheit, Verteidigung und Aufklärung, Jegor Tschernew, schloss sogar nicht aus, dass überhaupt alle wehrfähigen Männer an die Front gehen. Daran ist nichts verwunderlich, denn nach Schätzungen westlicher Medien werden dem ukrainischen Militär die Reserven bald ausgehen.

## Alte Fehler

Eine Fortsetzung der Kampfhandlungen im Jahr 2024 bedeutet, dass im laufenden Jahr keine ernsthaften Verhandlungen zwischen Moskau und Kiew stattfinden können. Im Gegensatz zu zahlreichen Vermittlern vom Papst bis zu den afrikanischen Staatsoberhäuptern rechnete der Kreml auch nicht damit. Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, merkte an, dass die Absicht mehrerer europäischer Länder, Kiew Kampfflugzeuge zu liefern, "die Feindschaft des Westens gegenüber Russland und seine zunehmende Einbeziehung in den Konflikt um die Ukraine" bestätigen. Sie erinnerte an den Großen Nordischen Krieg (1700-1721) zwischen Russland und Schweden, der mit einer Niederlage Stockholms endete.

Nach Meinung des stellvertretenden Oberhauptes des Instituts für GUS-Länder, Wladimir Scharichin, hoffte Washington auf die ukrainische Offensive, um Moskau zu zwingen, Verhandlungen zu den Bedingungen des Westens zu akzeptieren. Die Kiewer Regierung hätte die Hoffnungen nicht erfüllt, was Kritik von westlicher Seite hervorrief – dennoch musste die NATO letzten Endes eine neue Strategie für die Ukraine ausarbeiten.

"Biden wollte den Erfolg der Sommeroffensive als eigenen Sieg verkaufen und ihn im Wahlkampf ausnutzen. Es klappte nicht. Nun muss er für sich das Bild eines kämpfenden Präsidenten erschaffen, der, wie das sprichwörtliche Pferd, nicht mitten im Strom gewechselt werden soll", erklärt Scharichin. Würde Biden versuchen, als Friedensstifter aufzutreten, würde es für ihn kein gutes Ende nehmen, so der Experte. Seine Konkurrenten würden dies als die zweite große Niederlage nach der Flucht aus Afghanistan darstellen.

Der Politologe Rostislaw Ischtschenko stimmt dieser Ansicht zu. "Zu einem Friedensstifter zu

werden, würde bedeuten, die eigene Schwäche anzuerkennen und die Präsidentenwahl definitiv zu verlieren. Später werden sich die Republikaner an den Demokraten für die Verhaftungen von Donald Trump rächen. Deswegen müssen Letztere daran denken, wie die Ukraine den Winter überlebt und in eine neue Offensive geht", erklärt er.

Verhandlungen über ein Ende der Kampfhandlungen können nur beginnen, wenn die russische Armee das ukrainische Militär hinter den Dnjepr vertreibt. Andernfalls müsste man die Präsidentschaftswahlen in den USA abwarten, infolge derer Washingtons Interesse an Kiew in jedem Fall abnehmen wird.

*Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen bei RIA Nowosti.*

\* \* \*

## Meinung

### **"Schlimmer als KZ-Wächter": Kiewetter mit übler Holocaust-Verharmlosung. Reagiert die Justiz?**

<https://freedert.online/meinung/178918-schlimmer-als-kz-waechter-kiewetter-verharmlost-holocaust/>

26.08.2023

**Der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiewetter gilt als Falke und Hardliner. Berichten zufolge behauptete Kiewetter Ende Juli auf einer Feier, Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes, die ihn halb zwei nachts daran erinnerten, dass es Zeit ist, nach Hause zu gehen, seien schlimmer als KZ-Wächter. Folgen wird dies leider nicht haben.**

*Von Alexej Danckwardt*

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiewetter hat sich auf einem Stadtfest im baden-württembergischen Ellwangen die wohl übelste Holocaust-Verharmlosung geleistet, die ich bisher gehört oder gelesen habe. Nach Darstellung einer Sicherheitsfirma soll er Mitarbeiter des Unternehmens und der Stadtverwaltung durch einen Vergleich dieser Personen mit Verantwortlichen in Konzentrationslagern beleidigt haben.

Der Aalener AfD-Stadtrat Andreas Lachnit berichtet auf Facebook über den Vorfall, der sich bereits Ende Juli ereignet haben soll. Kiewetter soll demnach an einem Festtag bis in die späte Nacht hinein, "nicht mehr ganz im nüchternen Zustand befindlich", von den vor Ort dafür zuständigen Sicherheitskräften mehrfach aufgefordert worden sein zu gehen. Nach Zeugenberichten war es da bereits halb zwei in der Nacht. Der Abgeordnete habe sich uneinsichtig gezeigt. Während des Streitgesprächs soll Kiewetter zu den Sicherheitskräften gesagt haben:

*"Ihr seid ja schlimmer als KZ-Wächter."*

Einige Tage später habe sich Kiewetter schriftlich an das Ordnungsamt Ellwangen gewandt und sich für sein Verhalten entschuldigt. Ein Sprecher der Stadt Ellwangen bestätigte, dass es am 22. Juli "ein Vorkommnis" mit dem Politiker gegeben habe. Mitarbeiter der Kommune seien ebenfalls anwesend gewesen.

Auch der Chef des betroffenen Sicherheitsdienstes, Peter Odenwälder, bestätigte laut *Süddeutscher Zeitung* den Vorfall. Es habe sich um einen Vergleich mit Verantwortlichen in Konzentrationslagern gehandelt. Dabei waren die Sicherheitskräfte wohl sogar über Gebühr geduldig und kulant mit dem Politiker. Man habe Kiewetter auch nach der Beleidigung in der Weinstube sitzen lassen, sagte Odenwälder. Kurz darauf seien er und seine Begleiter aber gegangen.

Auf Anfrage mehrerer Zeitungen wollten weder Kiewetter noch sein Abgeordnetenbüro zu den Vorgängen Stellung beziehen. Kiewetter hat lediglich pauschal erklärt, er habe sich entschuldigt, und meint, es habe sein Bewenden damit:

*"Ich habe um Verzeihung für den Vorfall gebeten und diese auch erhalten. Für mich ist das damit erledigt."*

Was der CDU-Hardliner wohl nicht begreift oder sehr wohl begreift, aber bestens weiß, ist, dass

sich an ihn kein Staatsanwalt herantraut: Brisant wird es für ihn dadurch, dass seit einiger Zeit nahezu jeder Vergleich zwischen dem hitlerfaschistischen Unrechtsregime und aktuellen Vorgängen nach § 130 StGB (Volksverhetzung und Leugnen von Holocaust und neuerdings anderer Massenverbrechen) strafverfolgt wird. So hatte das Landgericht München Ende Juni den Juden Robert Höschele zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sich dieser durch die Corona-Maßnahmen und die öffentliche Stimmung gegen Dissidenten bei diesem Thema an Anfänge des NS-Regimes erinnert fühlte und dies öffentlich aussprach.

Damit verglichen, hat sich Kiesewetter wesentlich Schlimmeres geleistet. Er hat die gewaltfreie und offenbar sehr geduldige Durchsetzung der Kneipenschließzeit zu später Nachtstunde mit der Vernichtung von hunderttausenden Menschen in Konzentrationslagern nicht nur gleichgesetzt, sondern sogar ausdrücklich als "schlimmer" bezeichnet. Wenn etwas Verharmlosung des Holocaust ist, dann genau das.

Dass aber die deutsche Justiz gegen den Politiker ein Strafverfahren eröffnet, ist unwahrscheinlich, denn Kiesewetter ist Stimmführer und Aushängeschild des russophoben, militaristischen, imperialistischen und kriegstreiberischen Mainstreams im Lande. Der Hammer des Repressionsapparates gilt nur Abweichlern, Dissidenten und Andersdenkenden, nicht Kiesewetter und seinesgleichen.

\* \* \*

## **Ein immer breiteres Zelt aufspannen – so funktioniert Russlands historisches Gedächtnis**

<https://freedert.online/meinung/178551-immer-breiteres-zelt-aufspannen-so-funktioniert-russlands-historisches-gedachtnis/>

27.08.2023

**Das historische Gedächtnis der russischen Nation gleicht einem Sieb, das ehrwürdige Persönlichkeiten zur Andacht auswählt, Judasfiguren hingegen dem Strom des Vergessens preisgibt. Und standen die Würdigen zu Lebzeiten in noch so großem Widerspruch: Russlands Gedächtnis hat Platz für sie alle.**

*Von Sachar Prilepin*

In der Stadt Welikije Luki, auf dem Gelände einer dortigen Fabrik, wurde ein Denkmal für Stalin priesterlich eingeweiht.

Und ich werde diese Gelegenheit nutzen, um Folgendes zu sagen:

Natürlich bin ich dafür, dieses Denkmal zu errichten!

Außerdem bin ich dafür, das Dserschinski-Denkmal auf den Lubjanka-Platz in Moskau zurückzubringen. Wenn sein Porträt doch in jedem zweiten Büro des FSB-Gebäudes, also in ebendieser Lubjanka hängt, wen wollen wir dann noch betrügen?

Andererseits aber werde ich mich sicherlich nicht gegen die Errichtung von Denkmälern für Denikin, Kornilow, Kaledin, Kappel, Pepeljajew oder, sagen wir, Machno aussprechen – und werde dies sogar unterstützen.

Natürlich wird auch jede Form des Gedenkens an Zar Nikolaus II. und seine Familie akzeptiert – mit Ausnahme solcher, die offen zu bürgerlichen Unruhen aufstachelt.

Sowohl Denkmäler für russische Kaiser und Zaren als auch neue – aber bitte dann auch originelle und künstlerisch wertvolle, immerhin ist das 21. Jahrhundert angebrochen! – Denkmäler für Lenin sind sicherlich willkommen.

Kann sich so etwas miteinander beißen, in Widerspruch miteinander geraten? Ja, aber nur bei Menschen, die sich der Größe und Komplexität des historischen Prozesses nicht bewusst sind.

Im modernen Russland stehen gleichzeitig (und das in durchaus friedlicher Koexistenz) Denkmäler für den Zaren Alexei Michailowitsch den Sanftmütigsten und Stepan Timofejewitsch Rasin, sowie für Nikon und Awwakum (zur Erinnerung: Mit der Figur des Awwakum ist die des Zaren Alexei Michailowitsch in mancher Hinsicht noch unversöhnlicher als mit der Rasins), Denkmäler für Peter den Großen und Kondrati Bulawin oder, sagen wir, für Iwan den Schrecklichen und Metropolit Philipp (in der Welt Fjodor Kolytschew), der während der Herrschaft des Schrecklichen abgesetzt und von seinen Gefährten bestialisch erdrosselt wurde.

Die Liste ließe sich fortsetzen, aber eigentlich ist auch so schon alles klar.

Diejenigen, die dafür sind, die Geschichte in ihrer komplexen Fülle zu akzeptieren, sind damit für die Überwindung von Konflikten in der Zivilgesellschaft, für die Überwindung von Bürgerkrieg.

Diejenigen aber, die nur den "Eigenen" Denkmäler errichten und die Denkmäler für die "Fremden" vernichten wollen, arbeiten einer neuen Runde des Bürgerkrieges zu.

In Russland ist nur die Erinnerung an die Judasfiguren der russischen Geschichte – Masepa, Petljura, Bandera, Wlassow... – inakzeptabel.

Hier wird zwingend jemand sicher ausrufen, außer sich vor Streitlust:

"Und ich halte Lenin (Denikin), Dserschinski (Pepeljajew) und ihresgleichen für Verräter und Blutsauger! Und ganz besonders Peter (oder Rasin) und Iwan den Schrecklichen..."

Naja, dann halt eben. Aber halt auch die Füße still. Denn Geschichte wird leider nicht mit Blut gemessen.

Woran wird sie gemessen?

An der beständigen und ungetrübten nationalen Erinnerung.

Worin drückt die sich aus?

In Volksliedern, zum Beispiel. Und in der nationalen Kultur im Allgemeinen.

Sind die Bilder von Alexei Michailowitsch, Peter, Rasin, Bulawin, Nikon und Awwakum Teil des nationalen Bewusstseins?

Ja. Das beweist der riesige Korpus an Liedern, Legenden, Erzählungen und bedeutenden literarischen Texten und Musikwerken, die ihnen gewidmet sind.

Mehr oder weniger gilt das auch für Nikolaus II., Lenin, Denikin, Dserschinski und Pepeljajew.

Alle diese Namen sind Teil des nationalen Kodex. Niemand kann die dichterischen Werke Jessenins

und Majakowskis über Lenin einfach canceln, solange die russische Sprache existiert – ebenso wenig wie die Texte von Marina Zwetajewa über die Tragödie der Weißen Armee.

Keinerlei künstlerischen Wert haben dafür aber unsere heutigen schreiend lauten Streitigkeiten zu diesen Themen, meistens. Zum Glück wird die Zeit sie hinforttragen, wie ein ordentlicher Windzug beim Lüften abgestandenen Kabinettmief hinfortträgt.

Wir werden dies alles unweigerlich erkennen müssen.

Und es scheint, dass die neuen Gebiete Russlands, in denen "weiß" und "rot" so lebhaft miteinander benachbart sind, uns eine gute Lehre sein können.

*Übersetzt aus dem Russischen.*

**Sachar Prilepin** ist ein russischer Schriftsteller und Journalist, der in den 1990er Jahren im Krieg in Tschetschenien gekämpft hat. Er kämpfte später als stellvertretender Kommandeur eines Freiwilligenbataillons der Volksmiliz der Volksrepublik Donezk in der Ukraine.

\* \* \*

## Vom Deutschen Buchhandel ausgezeichnete "Friedenspreisträger" posiert mit Bandera-Flagge

<https://freedert.online/meinung/179093-vom-deutschen-buchhandel-ausgezeichneter-friedenspreistraeger/>

28.08.2023

**Sergei Schadan wurde in Deutschland im Jahr 2022 trotz aller Warnungen mit als "antifaschistisch" gedachten Preisen geradezu überschüttet. Nun posierte der Hassprediger zusammen mit dem ukrainischen Befehlshaber Waleri Saluschny mit der rot-schwarzen Flagge der ukrainischen Hitlerkollaborateure für ein Foto und bestätigte damit die Kritiker der Preisverleihungen.**

*Von Anton Gentzen*

Der Ukrainer Sergei Schadan ist den Lesern von *RT DE* aus der Berichterstattung über die Verleihung des "Friedenspreises" des Deutschen Buchhandels im Oktober vergangenen Jahres bekannt. Schon damals kam es unvoreingenommenen Beobachtern merkwürdig vor, dass ausgerechnet ein Hassprediger, der einen nicht geringen Beitrag zum Entflammen des Bürgerkriegs in seinem Land geleistet hat, mit einem Preis ausgezeichnet wird, der nach seiner Eigenbeschreibung Ausdruck der "Verpflichtung des Buchhandels zur Völkerverständigung" sein will.

Nun macht Schadan in sozialen Netzwerken Schlagzeilen mit einem Foto, das ihn und den Oberkommandierenden der ukrainischen Streitkräfte, Waleri Saluschny, mit einer ganz speziellen Flagge in den Händen zeigt – der rot-schwarzen Flagge Stepan Banderas.

Zur Erklärung: Die Nationalflagge der Ukraine ist blau-gelb. Oben blau, unten gelb. Die rot-schwarze Flagge (oben rot, unten schwarz) hingegen ist Symbol der im April 1941 im deutsch okkupierten Polen unter der Schirmherrschaft Hitlerdeutschlands gegründeten Bandera-Fraktion der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN-B).

Den Zusammenhang zwischen der Gründung der OUN-B und ihren Symbolen, beispielsweise dem

nun auch bei einigen deutschen Politikern beliebten Slogan "Slawa Ukraini", hatte RT DE bereits in einem Artikel im März vergangenen Jahres beleuchtet. Wer sich mit der OUN-Flagge ablichten lässt, will nicht seine Verbundenheit mit seinem Land zum Ausdruck bringen, sondern eine klare ideologische Richtung – die der ukrainischen Nazis und Kollaborateure Hitlers.

Wessen Geistes Kind Schadan ist, wird auch in dem Artikel über ihn und sein Werk in der ukrainischen Zeitung *Ukrainska Prawda* deutlich, für den das obige Foto geschossen wurde. Das Feature lobpreist das jüngste Werk des Schriftstellers und erinnert auch an jene Preisverleihung in Frankfurt am Main vor gut zehn Monaten.

Eines sei vorausgeschickt: Dagegen, dass ein Schriftsteller und Musiker (Schadan vereint in sich beides) in für sein Land schweren Zeiten in als Luftschutz genutzten U-Bahnstationen, in Hospitälern und auch an der Front vor uniformierten Landsleuten auftritt, ist an sich nichts einzuwenden. Es ist wohl sogar die Pflicht und Schuldigkeit eines Kulturschaffenden in Kriegs- und Krisenzeiten. Die entscheidende Frage ist, mit welchen Botschaften er auftritt. Schauen wir uns an einigen Beispielen an, welche Botschaften Schadan unter sein Publikum zu bringen versucht.

Sein 2016 geschriebener und auf dem Album "Hunde" veröffentlichter Song "10 Gerechte" spielt auf die biblische Erzählung über das Schicksal von Sodom und Gomorra an. Im 1. Buch Mose, Kapitel 18, wird beginnend mit Vers 22 beschrieben, wie Abraham versucht, Gott von der Zerstörung der zwei Sünderstädte aus Rücksicht auf wenige angeblich darin lebende Gerechte abzuhalten. Abraham feilscht regelrecht mit dem Schöpfer und "handelt" ihn schließlich auf zehn Gerechte herunter, die unter den Einwohnern aufzufinden wären, damit Gott Gnade walten lässt.

Was soll diese Reminiszenz im Lied eines nationalistisch gesinnten Ukrainers im Jahr 2016 anderes sein als eine Metapher für die abtrünnigen Städte Donezk und Lugansk? Schadan "weist" in den beiden Strophen einem Gerechten nach dem anderen Sünden nach, die von Verrat über Feigheit und eine Homo-Ehe (schönen Gruß an die Linken in Deutschland!) bis zur Käuflichkeit reichen, und spricht im Refrain sein Urteil:

*"Also vernichte jeden und brandschatze alles: Der Kirchen Mauern und dunkle Wälle."*

Geschrieben in dem Jahr, in dem die Minsker Verträge noch die Chance auf innerukrainischen Ausgleich boten, die Maidan-Ukraine hätte dafür nur etwas Verständnis für die Rechte und Befindlichkeiten der Donbass-Einwohner aufbringen müssen. Stattdessen wurde und wird vernichtet und gebrandschatzt, ganz wie der Sänger und "Friedensstifter" es wollte.

Der 2019 veröffentlichte Song "Kobson" nimmt Bezug auf den 2018 verstorbenen jüdischen Gesangsstar Jossif Kobson. Kobson gehörte zu den bekanntesten Sängern der Sowjetunion. Im Donbass geboren, bezog er 2014 ohne Zögern Stellung gegen den durch das Maidan-Regime in der Region entfachten Bürgerkrieg.

Schadans offizielles Video tischt unverblümt sämtliche ukrainischen Vorurteile gegen die Russischsprachigen im Donbass auf: schlicht, primitiv, kriminell, Säufer... Unansehnlich werden in dem Clip sowohl ein orthodoxer Geistlicher als auch Pioniere der Sowjetzeit dargestellt. Der Songtext selbst rückt Kobson in die Nähe zum die Kriminalität romantisierenden russischen Chanson der 1990er. Eine Stilrichtung, für die der verstorbene Sänger nie Symbolfigur war – zu seinem Repertoire gehörten eher sowjetische patriotische Lieder.

In dem Song "300 Chinesen" (2016) betreibt der Friedenspreisträger sinophobe Volksverhetzung. Chinesen würden auf der Suche nach einem besseren Leben und diversen Konsumgütern (als würden nicht nahezu alle Konsumgüter, die in der Ukraine und in Europa im Handel erhältlich sind,

längst im Reich der Mitte produziert) in einem "kaputten Ikarus"(-Bus) nach Budapest fahren. Das Ganze endet damit, dass die Chinesen "im Namen Maos" in Ungarn eine marxistische Diktatur errichten.

Diese und andere Hasspredigten sind offenbar selbst den ukrainischen Soldaten, vor denen Schadan und Band auftreten, zu viel. In dem Artikel der *Ukrainska Prawda* lamentiert Schadan darüber, dass die Soldaten ihn auffordern würden, ihnen lieber etwas über die Liebe zu singen, denn – wörtliches Zitat – "Krieg haben wir hier auch ohne dich genug". Liebeslieder führt der Friedenspreisträger jedoch nicht in seinem Repertoire. Beziehungsweise doch, aber sagen wir es so: sehr spezifische, voller Gewalt und Verachtung für das weibliche Geschlecht.

Und noch etwas erfahren wir aus dem Porträt der *Ukrainska Prawda*. Etwas, worüber *RT DE* nicht berichtet hat, es ist uns entgangen. Etwas, das ich bei aller Phantasie nie für möglich gehalten hätte. Sergei Schadan hat nämlich noch einen Preis erhalten. Leser, halte dich fest: den Hannah-Arendt-Preis des Jahres 2022.

Was wohl die jüdisch-amerikanische Antifaschistin selbst dazu sagen würde, dass ein mit Banderas faschistischer Flagge posierender Hassprediger mit dem Preis ihres Namens geehrt wurde?

\* \* \*

## **Scholz schockiert: "Putin beschwert sich gar nicht über die Sanktionen"**

<https://freedert.online/meinung/179124-scholz-schockiert-putin-beschwert-sich/>

28.08.2023

**Im März 2022 tauschten sich Bundeskanzler Scholz und Frankreichs Präsident Macron über ihre Gespräche mit Russlands Oberhaupt Putin aus. Scholz dämmerte bereits am neunten Tag der Operation, dass die Rechnung des Westens nicht aufgehen und der Krieg gegen Russland verloren sein könnte.**

*Von Gert Ewen Ungar*

Die *BILD*-Zeitung veröffentlichte Teile aus einem Telefongespräch, das Bundeskanzler Scholz mit dem französischen Präsidenten Macron geführt hat, nachdem beide zuvor mit Russlands Präsident Putin gesprochen hatten. Das Telefongespräch fand Anfang März 2022 statt, am neunten Tag nach Beginn der militärischen Spezialoperation. Die Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland in Weißrussland begannen am 28.02.2022, also vier Tage nach Beginn des russischen Einsatzes. Putin war nach Aussagen des deutschen Bundeskanzlers zu Gesprächen bereit.

*"Er hat mir von all seinen Ideen erzählt, wie ein Kompromiss gefunden werden kann. Er sprach von Demilitarisierung, Denazifizierung",*

zitierte die *BILD* Scholz. Wer sich erinnert, der Auslöser des Konflikts war die Absicht der Ukraine, der NATO beitreten zu wollen. Die NATO wiederum war dazu bereit, das hatte sie bereits auf dem NATO-Gipfel 2008 in Bukarest deutlich gemacht. Russland sah durch einen Beitritt der Ukraine zum Militärbündnis seine Sicherheitsinteressen bedroht, der Konflikt eskalierte.

Mit der Rückkehr der Ukraine zu ihrem neutralen Status, wie er bis 2014 in der ukrainischen Verfassung verankert war, wäre der Krieg vorbei, aber genau das wollen weder Scholz noch Macron noch die NATO oder die USA. An der Ursache für den Konflikt halten die westlichen Länder fest, also bleibt der Konflikt bestehen.

Im Gegenteil macht die Chronologie der Abläufe deutlich, dass viel für die These spricht, dass der Westen diesen Krieg mit Absicht herbeigeführt hat. Jede von Russland gezogene rote Linie wurde überschritten, Minsk 2 wurde sabotiert, Rüstungskontrollverträge durch die USA mit fadenscheinigen Begründungen einseitig gekündigt, Bitten Russlands um Sicherheitsgarantien wurden ignoriert. All das legt nahe, dass man die Eskalation und den Krieg angestrebt hat. Doch mit welchem Zweck? Auch darauf gibt Scholz eine Antwort.

Man kann allerdings nach dem von Scholz Gesagten davon ausgehen, dass der Bundeskanzler weiß, dass sein Gerede vom russischen Imperialismus absoluter Unsinn ist. Putin wollte einen Kompromiss, gab Scholz zu, und der Westen eben nicht. Damit ist die Konstellation des Konflikts von Scholz brillant zusammengefasst. Der Kanzler erklärte, dass es nicht "besser werde", und *BILD* veröffentlichte dazu:

*"Etwas bedrückt mich mehr als die Gespräche: Er (Putin) beschwert sich gar nicht über all die Sanktionen. Ich weiß nicht, ob er das im Gespräch mit Dir getan hat. Aber er hat die Sanktionen gar nicht angesprochen."*

Auch ihm gegenüber habe Putin die Sanktionen nicht erwähnt, stellt der französische Präsident fest. Die Sanktionen, die "Russland ruinieren" sollen, funktionieren nicht, wie sie sollen.

Was Scholz hier sagt, macht sehr deutlich, dass die Sanktionen das Ziel der Eskalation des Konflikts mit Russland waren. Was Scholz ausführte, stützt die These, dass der Westen Russland in einen Krieg treiben wollte, um umfassende und vor allem längst vorbereitete Sanktionen zu verhängen. Russland sollte wirtschaftlich vernichtet werden, das Land verelenden, um ihm als faktisch unterlegener Partei künftig alle Bedingungen diktieren zu können. Bereits am neunten Tag der militärischen Spezialoperation dämmert dem Kanzler, dass dieser Plan gescheitert sein könnte.

Selbst der wenig talentierten deutschen Außenministerin fiel inzwischen auf, dass aus "Russland ruinieren" erst einmal nichts wird, auch wenn die Begründung, warum die Sanktionen nicht griffen, natürlich genauso absurd ist, wie vieles, das die gering begabte deutsche Außenministerin so äußert. Die Sanktionen würden Baerbocks Meinung nach nicht funktionieren, weil Russland keine Demokratie sei. Na dann.

Statt des Zusammenbruchs Russlands passiert aber etwas anderes: Außerhalb des Westens schließen sich die Länder zusammen, um gegen westliche Bevormundung und Dominanz aufzustehen. Das, was der Westen mit Russland und zuvor mit unzähligen anderen Ländern gemacht hat, soll künftig verhindert werden. Statt Russland in die Knie zu zwingen, hat man mit der Eskalation des Ukraine-Konflikts den Grundstein für eine neue Weltordnung gelegt, in der der Westen keine dominierende Rolle mehr spielen wird. Eigentlich hätte niemand besser wissen können, dass so etwas passieren kann, wenn man sich mit Russland anlegt, als ein deutscher Bundeskanzler.

\* \* \*

## **Causa Aiwanger: Katharina Schulze und die Krux mit der politischen Doppelmoral**

<https://freedert.online/meinung/179182-causa-aiwanger-katharina-schulze-und-die-krux-mit-der-politischen-doppelmoral/>

29.08.2023

**Wenig überraschend trötet auch die bayerische Spitzenkandidatin der Grünen über das mehr als abgenutzte Empörungshorn zur Causa Hubert Aiwanger. Bei ihrer Person reicht dabei in**

## **Sachen menschenverachtende Formulierungen der wichtige Blick in das Jahr 2021. Selbstverliebtheit und Hochmut kommen weiterhin vor dem gefürchteten Fall.**

*Von Bernhard Loyen*

Die Glaubwürdigkeit bei Spitzenpolitikern und -politikerinnen ist schon ein sehr spezielles Thema. Man(n) und Frau dreht und windet sich, speziell in Wahlkampfzeiten, wenn es eigentlich mehrheitlich darum geht, den gut dotierten Posten auch nach der nervigen Prozedur der ärgerlichen Abhängigkeit von der benötigten Stimme des Bürgers zu überstehen. Glaubwürdige Vollblutpolitiker zu erleben, die sich ihrer ursprünglich angedachten Verantwortung, der Umsetzung der Erwartungen als gewählte "Volksvertreter" zu agieren, ist mittlerweile ein rares Ereignis.

Gekapert wurden die regionalen wie überregionalen Plenarsäle von lebensfernen wie auch unerfahrenen Bürgern zwischen 20 und Ende 30. Eine abgeschlossene Ausbildung vorweisen, wozu? Sehr oft reicht es sogar, ein begonnenes, natürlich nicht beendetes Studium in die Biografie einzupflegen. Der wichtigste Pinocchio-Satz darf nie fehlen: "Ich habe mich schon immer (...) dafür interessiert."

Kennen Sie Ludwig Hartmann? Brauchen Sie auch nicht, das ist der zweite grüne bayerische Spitzenkandidat neben der 38-jährigen Katharina Schulze. Ihr "gemeinsames" Wahlkampfmotto als "Spitzenduo Schulze und Hartmann" lautet allen Ernstes seit dem Mai: "Team-Show statt Solo-Nummer". Auf Bierkrügen steht dann sogar "Team Bayern statt Ego-Show". Frau Schulze liebt jedoch eher die Solo-Show: Sie ist laut, lacht viel und möchte lustig, natürlich und spontan wirken:

Angesichts des laufenden Wahlkampfs in Bayern wenig überraschend, hat sich Schulze am 26. August natürlich auch dem Empörungsschor der entsetzten Aiwanger-Kritiker angeschlossen. So schrieb sie auf X/Twitter zum Thema Jugendsünden und "Auschwitz-Pamphlet" (Titel des Artikels der *Süddeutschen Zeitung* zur Diskreditierungskampagne von Hubert Aiwanger):

*"Dieses Flugblatt verhöhnt die Opfer des Holocausts. Das Gedankengut ist menschenverachtend. Wer so denkt, schreibt und redet zeigt seinen Antisemitismus klar und deutlich. Wenn die Vorwürfe sich bewahrheiten, dann muss Markus Söder Hubert Aiwanger entlassen."*

Worin wurzelt diese Wahrnehmung Schulzes? Eine Antwort darauf findet sich auf der Website der Obama Foundation. Dort war die regelmäßig überambitioniert wirkende Bayerin im Jahr 2020 virtuelle Teilnehmerin des "Leaders Europe 2020"-Ausbildungskurses. Ziel des sechsmonatigen Stipendiats war es, "aufstrebende Führungskräfte aus ganz Europa zu inspirieren, zu befähigen und miteinander zu verbinden". Zum Abschluss des Programms, so der Foundation-Text informierend, "sprach Präsident Obama mit den Führungskräften über ihre Arbeit zur Veränderung ihrer Gemeinden, Nationen und der Welt".

Bei der Vorstellung Schulzes auf der Website der Obama Foundation findet sich der mehr als interessante Satz:

*"Katharina lässt sich vom Beispiel der Studentengruppe Weiße Rose inspirieren, die sich dem Nationalsozialismus widersetzte."*

In den drei dunklen Jahren der Corona-Krise zeigte Schulze auch ihr anderes Gesicht. In Bezug auf ihre aktuell mehr als wertende Kommentierung der Causa Aiwanger und dem Hinweis von der Website der Obama Foundation ist das ein wunderbar exemplarisches Beispiel für politische Doppelmoral.

Einer der nachhaltigen Leitsätze, zitiert von einem Text eines der Flugblätter der Widerstandsgruppe Weiße Rose, lautet:

*"Wir schweigen nicht, wir sind Euer böses Gewissen, die Weiße Rose läßt Euch keine Ruhe!"*

Hat dieser Satz der Widerstandsgruppe, ihrer vermeintlichen historischen Inspiration, im Hinterkopf Schulzes am 1. Dezember 2021 keinerlei Daueralarmsignale gesendet, als sie an das Rednerpult des Bayerischen Landtags trat? Es folgt ein Zitat aus ihrer Rede:

*"Erstens fordern wir eine Verschärfung (!) der Kontaktbeschränkung für ungeimpfte Erwachsene.*

*Wir möchten, dass im Freistaat Bayern in Zukunft nur noch Treffen zwischen Mitgliedern eines Haushaltes mit maximal einer weiteren erwachsenen Person möglich sind; Kinder werden natürlich nicht mitgezählt.*

*Zweitens wollen wir, dass der Handel endlich (!!) für Ungeimpfte geschlossen wird: 2G im Einzelhandel, mit Ausnahme der Grundversorgung (...)"*

Diese Radikalität in der Wortwahl, diese Härte und Unmenschlichkeit in Aussprache, Mimik und Gestik macht auch gut zwei Jahre später noch sensible Menschen sprachlos:

Dass Schulze sich dabei weiterhin auf die ermordeten Mitglieder der Gruppe "Weiße Rose" beruft, ist an Doppelmoral kaum zu ertragen. Man muss daher potenziellen Wählern der bayerischen Grünen und insbesondere Schulze zurufen:

*"Diese Rede verhöhnt und verletzt – noch immer – die Opfer der rein politisch initiierten Corona-Krise. Das Gedankengut Ihrer Rede ist menschenverachtend. Wer so denkt, Texte schreibt und redet, zeigt seinen wahren Gedankengut klar und deutlich."*

Schulze fordert vom bayerischen Ministerpräsidenten, sollten sich die jüngsten Vorwürfe bewahrheiten: "... dann muss Markus Söder Hubert Aiwanger entlassen". Besäße Schulze auch nur den Hauch eines politischen und moralischen Gewissens, würde sie sich zuerst vom Inhalt ihrer Rede vom 21. Dezember 2021 nachträglich eindeutig distanzieren. Des Weiteren würde sie sich bei all den Menschen aufrichtig und glaubwürdig entschuldigen, die auch durch Schulzes Wortwahl und ihr muffiges und verachtenswertes Gedankengut diskreditiert und von einem Großteil der Gesellschaft bewusst ausgegrenzt wurden. Ein Rücktritt von politischen Ämtern wäre ein vertretbares Ereignis.

Realistisch betrachtet sind diese Empfehlungen jedoch vollkommen überflüssig, wenn eine Politikkarrieristin über Monate dahinschmelzend dem Programm eines nachweislichen Kriegsverbrechers lauscht, um sich als "aufstrebende Führungskraft" vermeintlich "inspirieren zu lassen". Das beeindruckende Ergebnis dieser Fort- und Ausbildung der Obama Foundation zeigte sich im Verlauf der Corona-Krise. Schulze hatte dabei keinerlei Skrupel, wenn es die eigenen dunklen Fantasien bediente und zudem dem Machterhalt dienlich war.

Diese elendige Krux mit der unappetitlichen politischen Doppelmoral ...

\* \* \*

## Die Ampel und ihr Arme-Familien-Verhöhnungspaket

<https://freedert.online/meinung/179163-ampel-und-ihr-arme-familien/>

29.08.2023

**Mit der Kindergrundsicherung wollte die Ampel die wachsende Kinderarmut bekämpfen. Doch das Ergebnis, auf das sich die Regierung nun einigte, ist nicht nur weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Es ist eine Nebelkerze, denn die meisten Bedürftigen werden wohl gar nichts davon haben.**

*Von Susan Bonath*

Seit vielen Jahren steigt in Deutschland die Kinderarmut. Nun endlich werde man dem abhelfen, und zwar mit einer Kindergrundsicherung. Dies verewigte die "Ampel" auf Druck von SPD und Grünen gegen den Willen der FDP vor knapp zwei Jahren in ihrem Koalitionsvertrag.

Nach wochenlangen internen Schein-Streitereien präsentierte die Ampel nun das Ergebnis: 2,4 Milliarden Euro soll der Bund dafür ab 2025 ausgeben, zusätzlich zum Kindergeld. Das klingt vielleicht viel, ist angesichts des Ausmaßes der Armut aber eher eine Verhöhnung. Mehr noch: Den meisten bedürftigen Familien wird der Staat die Mini-Zusatzbeträge mutmaßlich an anderer Stelle wieder abziehen.

### Worum geht es?

Zunächst: Die Kindergrundsicherung soll perspektivisch das Kindergeld ersetzen oder zumindest dafür sorgen, dass alle staatlichen Leistungen für Kinder von einer Behörde bewilligt werden. Nach wie vor sollen alle Familien, auch die superreichen, monatlich das Kindergeld als Sockelbetrag erhalten.

Derzeit gibt es 250 Euro im Monat pro Kind. Für das Kindergeld gab der Bund im Jahr 2022 knapp 50 Milliarden Euro aus. Insgesamt lebten Ende letzten Jahres etwa 14,25 Millionen Kinder in Deutschland.

Die 2,4 Milliarden Euro sind demnach dafür gedacht, solchen Familien, die unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze leben, einen Zuschuss zum Kindergeld obendrauf zu packen. Die Höhe soll sich an der Bedürftigkeit orientieren, also am tatsächlichen Einkommen.

Peanuts für Millionen arme Kinder

Das Problem dabei: Es gibt ziemlich viele Kinder, die in Deutschland unterhalb der Armutsgrenze leben. Laut Statistischem Bundesamt waren im vorigen Jahr 3,1 Millionen (21,6 Prozent) Minderjährige davon betroffen. Es dürfte darüber hinaus zusätzlich eine Dunkelziffer geben.

Sollte das 2,4-Milliarden-Euro-Paket nun wie geplant durchkommen und nimmt man an, es würde ab 2025 auf 3,1 Millionen arme Kinder aufgeteilt, so bekäme jeder betroffene Minderjährige im Schnitt 768 Euro pro Jahr, also 64 Euro pro Monat zusätzlich – vorausgesetzt, von der Gesamtsumme würde nichts in den Verwaltungsapparat fließen.

Springers *Welt online* schreibt sogar von "bis zu 5,6 Millionen armutsbedrohten Familien", ohne jedoch zu sagen, wie viele Kinder in diesen Familien leben. Sollten 2025 so viele Haushalte tatsächlich Anspruch auf einen Zusatzbetrag über die Kindergrundsicherung haben, stünden jeder Familie im Mittel gerade einmal 429 Euro pro Jahr, also knapp 36 Euro pro Monat mehr zu.

## Wird die "Wohltat" vom Bürgergeld abgezogen?

Man muss keinen Professorentitel besitzen, um zu erahnen, dass sich mit den Mini-Hilfen an der Kinderarmut in Deutschland nicht viel ändern kann. Aber es könnte noch dicker kommen: Sehr viele Bedürftige werden nach heutiger Gesetzeslage überhaupt nichts von den Zusatzbeträgen haben. Denn Kindergeld, Unterhalt und sonstige Leistungen für Minderjährige werden auf das Bürgergeld angerechnet.

Laut der Bundesagentur für Arbeit lebten im Juli knapp 5,8 Millionen Menschen in sogenannten Bedarfsgemeinschaften, lediglich 3,94 Millionen davon waren erwerbsfähig. Bei den nicht Erwerbsfähigen handelt es sich in aller Regel um Kinder. Das bedeutet: Gut 1,8 Millionen Minderjährige befinden sich derzeit in Haushalten, die mindestens mit Bürgergeld aufstocken müssen. Die Zahl ist seit vielen Jahren konstant. Der Bertelsmann-Stiftung zufolge wuchsen 2021 etwa 45 Prozent dieser Kinder bei Alleinerziehenden auf.

Mit anderen Worten: Ohne Änderung des Zweiten Sozialgesetzbuches, welches das Bürgergeld und damit die Anrechnung aller Kinderleistungen regelt, werden fast zwei Millionen bedürftige Minderjährige keinerlei Mehrwert von der geplanten "Wohltat" der "Ampel"-Regierung haben, weil die Jobcenter das Geld ihren Eltern vom Budget wieder abziehen. Die "Ampel" hat somit wieder einmal Schaum geschlagen und viel heiße Luft produziert, ohne etwas am Problem zu ändern – nichts Neues also aus der Politik.

\* \* \*

## Nicht nur in Bayern: Irrsinn – das System dreht hohl

<https://freedert.online/meinung/179166-nicht-nur-in-bayern-irrsinn/>

30.08.2023

**Erinnert sich noch jemand an den "Elchtest"? Damals, Ende der 90er Jahre, tat sich der Bayerische Rundfunk mit einem Clip hervor – gegen die automobilen Konkurrenz aus Baden-Württemberg. Damals war in dem Filmchen viel von "Scham" die Rede, natürlich nur spaßig gemeint.**

*Von Mirko Lehmann*

Heutzutage aber ist Schluss mit lustig, dafür auch von Scham wenig zu spüren. Denn nun ist der Söder Markus selbst beim Elchtest durchgefallen. Getreu der Devise "Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selbst welche". Von F. W. Bernstein hat Söder möglicherweise noch nie etwas gehört. Muss er auch nicht, schließlich hat Söder als Landesvater von Bayern immer nur Ernstes und Staatstragendes im Sinn.

Wie am Dienstag zu erfahren war, hat der bayerische Ministerpräsident seinem Stellvertreter Hausaufgaben aufgegeben. Seit Tagen kennt Bayern, nein, die ganze Republik nur noch ein einziges Thema, ein Schul-Thema: gewisse Flugblätter im Schulranzen des 16-jährigen Hubert, eben dem Aiwanger Hubert. Deshalb jetzt die Hausaufgaben.

Und am 8. Oktober stehen in Bayern schließlich Landtagswahlen an. Da muss das Wahlvolk doch wissen, was das für einer ist, dieser Aiwanger Hubert. In letzter Zeit hat man ja so einiges von dem gehört. Auch, dass der Söder als Landesvater noch einmal, nur noch ein einziges Mal, Gnade vor Recht hat ergehen lassen. "Vorerst", wie es heißt, darf der Aiwanger Minister bleiben. Söder ist schließlich nachsichtig – Aiwanger gleich zu entlassen, das wäre "ein Übermaß". So gerecht geht es

in Bayern zu.

Nur sollte sich der Aiwanger Hubert die mahnenden Worte des Landesvaters hinter die Ohren schreiben: "Das ist aber kein Freispruch und kein Freibrief." Der Eintrag im Klassenbuch steht also. "Es darf jetzt nichts mehr dazukommen", so der landesväterliche Söder, sonst ist die Versetzung ins nächste Kabinett gefährdet.

Damit es nicht zum Schlimmsten kommt, muss der Aiwanger jetzt beweisen, dass er ehrlich und unschuldig ist – und kein Nazi. 25 Fragen hat er als Hausaufgaben aufbekommen, die er dem strengen, aber gerechten Landesvater schriftlich beantworten muss.

Zurück zu den Wahlen: Der Söder ist ganz gewiss gegen Kommunisten, Rechtsextreme und Populisten. Das hat er gerade gestern wieder in Landshut gesagt. Sonst wäre er ja auch nicht der Landesvater von Bayern geworden. Und als solcher hat er immer nur Seriöses im Sinn, siehe oben.

Trotzdem hat er sich gestern ausnahmsweise einmal etwas erlaubt. Sozusagen ein Späßchen. Zufällig über seinen Stellvertreter, denn der Söder war ja in dessen Wahlkreis zu Besuch, in einem Bierzelt. Da darf man als Ministerpräsident auch einmal auf die Pauke hauen, rein rhetorisch gesprochen. Die Zuspitzung muss doch erlaubt sein. Satire darf doch schließlich alles, oder? Nur damit alle verstehen, worum es geht, es waren doch 800 Leute da.

Und da hat der Söder Markus, damit alle begreifen, wer gemeint ist, ein bisschen mehr als sonst das R gerollt und ist auch ein bisschen lauter als sonst geworden. Hat eindeutig herum gestikuliert, bloß damit es alle verstehen. Auch der seriöse *Deutschlandfunk* hat darüber berichtet, damit es alle wissen: Der Söder hat den Adolf Hitler "imitiert". Angespielt hätte er aber, heißt es, auf den Aiwanger Hubert, obwohl dessen Name kein einziges Mal gefallen sei. Das war auch nicht nötig, schließlich befand man sich in ja dessen Wahlkreis. So brauchte der Landesvater, der einen braunen Trachtenjanker trug, auch nur ein wenig zu "imitieren", und das hatte genügt, damit ihn alle verstanden.

Nun lässt Söder einen CSU-Sprecher dementieren, dass die "aus der Bierzeltrede in Landshut gezogenen Vergleiche" selbstverständlich "vollkommen abwegig" seien. Mit "aktuellen Entwicklungen" habe die "aus dem Zusammenhang gerissenen Redepassage" rein gar "nichts zu tun", sei gar "seit Längerem unverändert" – also gewissermaßen ein Versatzstück aus der Konservendose.

Aber was für ein zartfühlender Mensch der bayerische Landesvater bei aller nötigen Strenge doch ist! Da kann der Aiwanger Hubert nur von Glück reden, dass er solch einen prächtigen Chef hat, der Gnade walten lässt, und ihn nur ein bisschen in Hitler-Manier verhöhnt. Andere kommen da nicht so leicht davon.

So kann es durchaus passieren, dass bayerische oder österreichische Politiker, und auch saupreußische Publizisten eine Anzeige vom Söder Markus kassieren, bloß weil sie einmal das Wort "Södolf" in den Mund genommen oder geschrieben haben. Wie konnten sie bloß darauf kommen?

Hatte nicht ein Sprecher Söders erklärt:

*"Selbst in der politischen Auseinandersetzung gibt es Grenzen: Die Bayerische Staatskanzlei lehnt jede Form von Nazi-Parolen und rechtsextremistischer Verleumdung entschieden ab."*

Fazit: Ein wegen "Södolf" beleidigter Söder lässt seine Hitler-Imitation vom Vortag dementieren, hat aber 25 Fragen an seinen Stellvertreter Aiwanger wegen eines 36 Jahre zurückliegenden Schul-Vorfalles. Das System dreht hohl – wie die Räder eines kippenden Autos beim Elchtest. Ob das

System aber noch wieder, und zwar unfallfrei, solide Bodenhaftung bekommt, scheint mit jedem Tag, an dem der polit-mediale Irrsinn fort dauert, fraglicher.

\* \* \*

## **Symbolischer Tod des ukrainischen Luftwaffen-Kadetten Sikorski – als Infanterist bei Artjomowsk**

<https://freedert.online/meinung/179460-symbolischer-tod-des-ukrainischen-luftwaffen-kadetten-sikorski/>

31.08.2023

**Dass in der Ukraine der Geist der Luftfelddivisionen oder Luftwaffen-Feld-Korps des Dritten Reiches auflebt, ist militärisch gesehen ein gutes Zeichen für Russland. Doch da stirbt auch die wahrhafte Elite des Volkes – das auch Teil des russischen ist – sinnlos und blind.**

*Von IA Steklomoi*

Kaum war in der Ukraine der rätselhafte [Sarkasmus] Mord am Kreiswehramtsmitarbeiter Wassili Stezo im tiefen transkarpatischen Hinterland bekannt geworden, tauchte in den ukrainischen sozialen Medien ein weiterer Nachruf auf – der für die heutige Ukraine nicht weniger typisch ist.

Die offizielle Präsenz der Flugakademie der Nationalen Luftfahrt-Universität der Ukraine gab den Soldatentod eines ihrer Kadetten bekannt – des 20-jährigen Danila Sikorski. Natürlich kam er nicht am Steuerknüppel eines Kampfflugzeugs ums Leben, aber auch nicht einmal infolge eines Raketenangriffs gegen einen ukrainischen Militärflugplatz. Der Kadett Sikorski wurde bei Artjomowsk getötet, wo er ... bei der Infanterie ein Maschinengewehr bediente.

Als junger Kerl hätte Sikorski durchaus die Flugakademie der Nationalen Luftfahrt-Universität in der Stadt Kropiwnizki absolvieren – und sich im Cockpit eines echten Flugzeugs versuchen können, vielleicht ja sogar eines Jagdflugzeugs. Doch dieser Traum starb mit ihm.

Erinnern wir uns: In die Ausbildung eines Piloten investiert ein Staat riesige Geldsummen und viel Zeit. Selbiges gilt für die militärischen Flugmaschinen, die einem Teil dieser Piloten anvertraut werden: All die sagenhaft teuren Hubschrauber und Flugzeuge kann man getrost nicht nur Einzelanfertigung nennen (auch beim Serienbau), sondern wahrhafte Kunstwerke. Doch die Mühe und die Ausgaben rentieren sich vielfach, im zivilen Leben – und eben auch fürs Militär: Schauen Sie sich nur Videomaterial an, das zeigt, wie etwa die russischen Kamow Ka-52 Panzerfahrzeuge des ukrainischen Militärs zerschießen wie Dosen in einer Schießbude.

Jedenfalls dürfen Kadetten einer Flugakademie – ob ihre Spezialisierung militärisch oder zivil ist – nicht als Infanteristen an die Front: Das ist nicht einmal mehr das sprichwörtliche "mit Kanonen auf Spatzen", sondern schon eher Einhämmern von Nägeln mit einem Mikroskop. Von so etwas wird nahezu allen, in jeder Lage und überall abgeraten.

Warum fand sich denn Sikorski bei Artjomowsk mit einem Maschinengewehr in der Hand wieder? Plausible Antworten gibt es nicht viele.

Die erste Variante – die fantastische: Seine Eliteausbildung brach der junge Mann ab – und machte sich zum Schlammwaten als Landsers an die Front auf.

Freiwillig.

Im zweiten Jahr der laufenden heißen Phase des Konflikts.

Im dritten Monat der "erfolgreichen" Offensive Kiews.

Ja nee, is' klar.

Die zweite Variante – angesichts heutiger Umstände dann doch etwas realistischer: Kiew wirft junge Flugkadetten mit der Infanterie in die Schlacht. Grund sind einerseits ein Mangel an Kampfflugzeugen und -hubschraubern und andererseits ungeheuerliche Verluste bei den ukrainischen Bodentruppen. Sprich, vor uns haben wir eine weitere Bestätigung der Worte Wladimir Selenskijs über eine Notwendigkeit, im Land die "Mobilmachung zu intensivieren".

Wer kann an dieser Stelle umhin, sich an die Luftfelddivisionen der Luftwaffe des Dritten Reiches zu erinnern, mit denen Berlin erfolglos seine Löcher in der Front zu stopfen versucht hatte – schon im Jahre 1942? Tja, die ukrainischen Panowe wünschten sich mit solcher Inbrunst, ihren arischen Idolen von anno dazumal ähnlich zu sein, dass ihr Wunsch nun in Erfüllung gegangen ist. Zumindest auf diese, etwas eigene Weise.

Und zu guter Letzt sollte man den düsteren Symbolismus der Sache unterstreichen: Ein junger Flugkadett und vielleicht zukünftiger Pilot, der den Familiennamen eines großen russischen Luftfahrtpioniers trägt – so ein Mann kommt in Gefechten mit der russischen Armee ums Leben, mit dem Maschinengewehr in der Hand durch den Schlamm robbend, auf Geheiß derer, für die ein weißes Balkenkreuz nach nazideutscher Manier auf einem Panzer völlig in Ordnung geht.

Politisches Ukrainertum als Idee lässt sich wohl kaum besser symbolisieren als durch den Tod dieses jungen Mannes – der wahrscheinlich nicht einmal verstand, wofür genau er bald sterben sollte. Und es drängt sich der Verdacht auf, dass ihn niemand über die Möglichkeit informierte, knietief im Dreck zu verrecken.

*Übersetzt aus dem Russischen.*

*IA Steklomoi ist ein rechtskonservativ ausgerichteter russischer Telegram-Kanal, auf dem der anonyme Autor oder das Autorenkollektiv zu tagesaktuellen politischen und militärischen Themen eigene Kommentare veröffentlicht und ausgewählte Kommentare Dritter repostet.*

\* \* \*

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im August 2023 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2023. Alle Rechte vorbehalten.